

2001



JAHRESBERICHT



INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ

## DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ

**Die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz** beläuft sich auf rund 1,5 Milliarden Franken pro Jahr, das sind ungefähr 0,34 Prozent des Bruttosozialprodukts oder täglich 58 Rappen pro Einwohner. Sie umfasst alle vom Bund, den Kantonen und Gemeinden für die Entwicklungsländer, die internationalen Institutionen und Nicht-Regierungsorganisationen zu Vorzugsbedingungen bereitgestellten Mittel.

Welches sind ihre konkreten **Ziele**? Im Bundesgesetz vom 19. März 1976 über die Entwicklungszusammenarbeit und die internationale humanitäre Hilfe wird festgehalten: «Sie unterstützt die Entwicklungsländer im Bestreben, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern. Sie soll dazu beitragen, dass diese Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft vorantreiben.»

Im März 1994 definierte der Bundesrat in seinem Bericht zu den Nord-Süd-Beziehungen der Schweiz in den 90er Jahren das Leitbild der **Entwicklungspolitik**. Daraus gingen vier Hauptthemen hervor: Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit, Förderung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat; Förderung der Wohlfahrt und bessere Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum; Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit namentlich für die Frauen; und schliesslich Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Auf eidgenössischer Ebene sind zwei Bundesämter für Konzept und Umsetzung der Entwicklungshilfe zuständig: die **Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)**, die zum Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gehört, und das **Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)** im Volkswirtschaftsdepartement (EVD). Ihre wichtigsten Instrumente sind technische Zusammenarbeit, Finanzhilfe, Wirtschafts- und

Handelsmassnahmen sowie humanitäre Hilfe. Die DEZA koordiniert die Aktionen.

Die **DEZA** umfasst vier Bereiche: Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und technische Zusammenarbeit mit Osteuropa. Sie erbringt ihre Leistungen mit einem Jahresbudget von ungefähr 1,3 Milliarde Franken und über 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland durch direkte Aktionen, Unterstützung von Programmen multilateraler Organisationen, durch Mitfinanzierungen und Beiträge an Programme schweizerischer und internationaler Hilfswerke.

Ziel der **Entwicklungszusammenarbeit** ist die Armutsbekämpfung im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Sie fördert namentlich die wirtschaftliche und staatliche Eigenständigkeit, trägt zur Verbesserung der Produktionsbedingungen bei, hilft bei der Bewältigung von Umweltproblemen und sorgt für besseren Zugang zur Bildung und gesundheitlichen Grundversorgung der am meisten benachteiligten Bevölkerung.

Leben retten und Leiden lindern ist der Auftrag der **Humanitären Hilfe** des Bundes. Sie leistet nach Naturkatastrophen und bei bewaffneten Konflikten direkte Hilfe durch Einsätze des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) und unterstützt humanitäre Partnerorganisationen.

Die **Länder Osteuropas** und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) unterstützt die DEZA auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft mit Wissenstransfer und Beiträgen zu Problemlösungen.

Während die humanitäre Hilfe bedarfsbezogen dort geleistet wird, wo sie am notwendigsten ist, konzentriert

sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf 17 Schwerpunktländer und -regionen sowie vier Länder mit Spezialprogrammen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die technische Zusammenarbeit mit Osteuropa konzentriert sich auf zehn Länder in Südosteuropa und der GUS. Multilateral arbeitet die DEZA insbesondere mit den Organisationen des UNO-Systems, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zusammen. Gesamthaft sind rund tausend mehrjährige Programme und Projekte in Arbeit.

Das **Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)** seinerseits definiert die Wirtschafts- und Handelsmassnahmen der Entwicklungszusammenarbeit: Mischkredite, an denen sich sowohl der Bund wie die Schweizer Banken beteiligen, Zahlungsbilanzhilfen, Anstrengungen für die Handelsförderung und, in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft, Aktionen im Bereich Basisprodukte. Ein wesentlicher Teil dieser Massnahmen ist für die Länder Osteuropas und der GUS vorgesehen. Das seco ist ausserdem der Hauptakteur in der Entschuldungsstrategie, welche für die am stärksten verschuldeten Länder ausgearbeitet wurde.



## INHALT

### ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

- 2**    **EDITORIAL**  
Die Armut an mehreren Fronten bekämpfen

#### **FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN DEN BERGGEBIETEN**

- 4**    **EINLEITUNG**  
Die Bevölkerung zur Beteiligung anregen

- 5**    **BOLIVIEN**  
Die Einzugsgebiete besser bewirtschaften

- 6**    **ECUADOR**  
Mehr landwirtschaftlicher Ertrag durch Bewässerung

- 7**    **NEPAL**  
Partnerschaft in der Verwaltung der Gesundheitsdienste

- 8**    **OSTAFRIKA**  
Gegen die Verarmung der Böden kämpfen

- 9**    **KOORDINATION**  
Erfahrungen und Informationen austauschen

#### **DAS SCHWEIZER ENTSCULDUNGSPROGRAMM**

- 10**    **EINLEITUNG**  
Innovative Politik

- 11**    **UMWELT**  
Schulden gegen Projekte eintauschen

- 12**    **DIALOG**  
Die multilaterale Schuld abbauen

- 13**    **AUSBILDUNG**  
Lernen, die Schulden zu verwalten

- 15**    **STATISTISCHER TEIL**  
Tabellen und Grafiken

## DIE ARMUT AN MEHREREN FRONTEN BEKÄMPFEN



Eines der Ziele der internationalen Gemeinschaft ist es, bis ins Jahr 2015 die Zahl der in Armut lebenden Menschen zu halbieren. Diese Herausforderung ist ein zentrales Element in allen Aktivitäten der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit, die die Verbesserung der Lebensbedingungen und der Lebensqualität der ärmsten Menschen dieser Welt zum Ziel haben. Es gibt viele Mittel zur Verminderung der Armut. Dies ist dem vorliegenden Bericht zu entnehmen. Er beinhaltet mehrere Beispiele für die diesbezüglichen Bemühungen der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit sowie des Staatssekretariats für Wirtschaft: die Projekte der DEZA in den Bergregionen und die Programme des seco zur koordinierten Entschuldung.

Die Bergbevölkerungen, ob in den Anden, im Himalaya oder in den Alpen, stehen meist vor ähnlichen Problemen: eine gefährdete Umwelt, eine schwierige Stellung im Vergleich zu anderen Regionen, wirtschaftliche und politische Ausgrenzung. Die DEZA ist sich dieser Problematik seit über 30 Jahren bewusst und trägt deshalb zur nachhaltigen Entwicklung in diesen Gebieten in den Ländern des Südens und des Ostens bei.

Unter der Devise «Berge verbinden» beteiligt sich die DEZA 2002 in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) aktiv am internationalen Jahr der Berge, das die Vereinten Nationen ausgerufen haben. Für die DEZA ist dies eine Gelegenheit, die Öffentlichkeit für die zahlreichen Herausforderungen im Zusammenhang mit den Bergregionen zu sensibilisieren. Die Schweiz kann als Gebirgsland in diesem Bereich langjährige Erfahrungen weitergeben. Tatsächlich praktizieren die Bergbevölkerungen des Südens Methoden zur Bewirtschaftung der



natürlichen Umwelt, die jenen ähnlich sind, die im 19. Jahrhundert in unseren Alpentälern angewandt wurden. Es muss vermieden werden, dass sie die gleichen Fehler begehen wie unser Land in den 50er-Jahren, nämlich eine ungebremste Entwicklung anstreben, die zur Zerstörung des Ökosystems führt. Aber es muss auch ein gegenseitiger Austausch stattfinden: die Bevölkerungen in den Bergen des Südens können uns an ihrer reichhaltigen Erfahrung teilhaben lassen, besonders was die Bewahrung der kulturellen Identität und der Solidarität betrifft.

### Nachhaltige Entwicklung

Die Bedeutung der Bergregionen wurde am Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 besonders offensichtlich. Auf Veranlassung der Schweizer Delegation wurde den Bergregionen in der Agenda 21 ein Kapitel gewidmet. Darin wird anerkannt, dass es notwendig ist, die empfindlichen Ökosysteme der Berge zu bewahren und aufzuwerten.

In diesem Sinne hat die DEZA zahlreiche Projekte in Bergregionen entwickelt. Ihr Ziel ist der Kampf gegen die Armut, in der die Mehrheit der dortigen Bevölkerungen lebt, und die Förderung einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen. Das Internationale Jahr der Berge soll den nötigen Impuls geben, um die menschlichen und natürlichen Reichtümer dieser Gegenden besser zur Geltung zu bringen.

### Die Schweiz in einer Pionierrolle

Das seco seinerseits will im vorliegenden Bericht die positive Bilanz der zehn Jahre vorstellen, auf die das zum 700. Geburtstag der Eidgenossenschaft beschlossene Schweizer Entschuldungsprogramm zurückblicken kann. Mit der Lancierung dieses Programms in Höhe von 500 Millionen Franken konnte die Schweiz die Schuldenprobleme an und für sich natürlich nicht lösen. Nichtsdestoweniger gab sie der internationalen Gemeinschaft ein starkes Signal, indem sie die Entschuldung in den Vordergrund stellte.

Die Schweiz wirkte als Katalysator, indem sie die Aufnahme einer gross angelegten Debatte über die Entschuldungsproblematik einleitete. Bilaterale Bemühungen konnten so in die international koordinierten Massnahmen eingefügt werden. Eine der wichtigsten Massnahmen war die Initiative zugunsten hochverschuldeter armer Länder (die sogenannte HIPC-Initiative), durch welche die Schulden auf ein akzeptables Niveau gebracht werden sollen. Die Ziele der HIPC-Initiative entsprechen jenen, welche die Schweiz in ihrem Entschuldungsprogramm festgelegt hat. Danach sollen die durch die Entschuldung frei gewordenen Ressourcen zur Finanzierung von sozialen Schwerpunktsektoren eingesetzt werden (Gesundheit, Erziehung). Diese Sektoren sind in einem strategischen Dokument zur Bekämpfung der Armut festgelegt.

Die Resultate dieser Politik sind vielversprechend, konnten doch die Empfängerländer ihre Schulden bei der Schweiz, den Privatbanken und internationalen Organisationen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds abbauen. Um noch schnellere Fortschritte zu erzielen und die Effizienz der eingeführten Reformen zu garantieren, müssen die institutionellen und personellen Kapazitäten der armen Länder gestärkt werden. Das seco wird diesen Prozess weiterhin unterstützen, um eine gute Verwaltung der Budgets und der Schuldenpolitik zu gewährleisten.

Ein weiterer Erfolg des Entschuldungsprogramms war die Aufnahme einer engen Zusammenarbeit der beiden Bundesstellen seco und DEZA mit der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke. Wenn sich zivile und behördliche Organisationen zusammentun, können sie wirkungsvoller gegen die Armut kämpfen.

Walter Fust  
Botschafter  
Direktor der DEZA

David Syz  
Staatsekretär  
Direktor des seco



FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN DEN BERGGEBIETEN

DIE BEVÖLKERUNG ZUR BETEILIGUNG ANREGEN



In allen Ecken der Welt gibt es Berge und Hochebenen: in den feuchten Tropengebieten, in den gemässigten Zonen, in den öden Polargebieten, in den reichen wie in den ärmsten Ländern. Definiert werden die Berggebiete nach den Kriterien Höhe und Gefälle. So gehört zum Beispiel eine Region ohne Bergspitzen, die aber auf über 2500 Metern Höhe liegt, ebenso in die Kategorie der Berge wie eine andere, die zwar nur auf 600 Metern Höhe liegt, jedoch ein sehr steiles Profil aufweist. Was sie oft gemeinsam haben, ist eine marginalisierte Bevölkerung. Es ist jedoch schwierig, die Problematik der Bergregionen mit ihren vielfältigen Rahmenbedingungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Durch ihre Aktivitäten in benachteiligten Bergregionen, vor allem in den Schwerpunktländern der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit, will die DEZA das Wohlergehen von Bevölkerungen in den Bergen wie in der Ebene gewährleisten, und zwar im Rahmen einer interaktiven Dynamik. Sie fördert die Erhaltung und die nachhaltige Bewirtschaftung dieser verletzlichen Umwelt. Die Welt der Berge ist besonders anfällig für ökologische Veränderungen, die wiederum grosse Schäden in den Ebenen, aber auch Migrationsbewegungen auslösen können.

Verbesserungen sind nur möglich, wenn die lokale Bevölkerung an den sie betreffenden wirtschaftlichen und politischen Beschlüssen teilhaben kann. Dazu ist empowerment wesentlich, also ein Prozess der Übernahme von Verantwortung und Kompetenzen. Die folgenden Artikel illustrieren verschiedene Facetten der Programme der DEZA in den Berg-

regionen und zeigen, wie wichtig der aktive Einbezug der Berggemeinschaften ist.

**Die Situation verbessern**

Bei der nachhaltigen Aufwertung der Berge geht es um eine Vielfalt von Themen und Faktoren: Wälder, Klima, Kultur, Bewirtschaftung der Einzugsgebiete, Biodiversität und Artenvielfalt, Risiken und Gefahren, Konflikte, Wirtschaft, Erziehung, Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit, Tourismus, Verarmung der Böden, Mineralien und Bergbau, Politik und Gesetzgebung. Die fünf Beispiele widerspiegeln mehrere dieser Aspekte und zeigen, dass die Anstrengungen der Schweiz dazu beitragen, die Lebensqualität der betroffenen Gemeinschaften zu verbessern und gleichzeitig die Umwelt zu schützen.

Naturschutz ist wichtig, aber er darf nicht immer über den wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung stehen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist entscheidend, um der Bergbevölkerung ein Einkommen zu sichern. Mit ihrer Beteiligung müssen die verschiedenen Faktoren in ein Gleichgewicht gebracht werden. Die Lösungen müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen, gleichzeitig aber auch der Tatsache Rechnung tragen, dass die Erhaltung ihrer natürlichen Ressourcen entscheidend ist für die Zukunft.

## DIE EINZUGSGEBIETE BESSER BEWIRTSCHAFTEN

Die Erosion der Einzugsgebiete, die durch natürliche Faktoren, aber auch durch menschliche Einwirkung verursacht wird, zieht schwerwiegende soziale, wirtschaftliche und Umweltfolgen nach sich. Die Erosion hat das Leben der betroffenen Bevölkerungen in den hohen wie in den tiefen Lagen der Einzugsgebiete verschlechtert. Das Beispiel der Region Cochabamba in Bolivien zeigt, wie die Verarmung der Böden zusammen mit dem Wassermangel die Entwicklung behindert.

Diese Feststellung veranlasste die DEZA und die Präfektur des Departements Cochabamba 1991, das integrierte Programm PROMIC zur Bewirtschaftung der Einzugsgebiete auszuarbeiten, das die Umwelt der Tunaribergkette in den Anden wieder verbessern soll. Die Region, mit einer Fläche von rund 250 km<sup>2</sup>, besteht aus Gipfeln von über 5000 Metern Höhe und 39 Seitentälern, die auf einer Höhe von 2600 Metern in das grosse Haupttal von Cochabamba münden.

Ein partizipatives und pluridisziplinäres Vorgehen war notwendig, um die komplexe Problematik der Einzugsgebiete und ihrer Degradation anzugehen sowie mittel- und langfristige Resultate zu erzielen. Durch eine integrierte Bewirtschaftung sollen die natürlichen Ressourcen, vor allem Wasser, Böden und Vegetation, rationell genutzt werden und eine nachhaltige Produktion gefördert werden, die die Umwelt so weit wie möglich intakt lässt. Von Beginn des Pilotversuchs an wurde die betroffene Bevölkerung informiert, ausgebildet und an der Einführung neuer Anbaumethoden beteiligt, die eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.

**Sehr positive Bilanz**

In diesen zehn Jahren konnten die Lebensbedingungen der vor allem von der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung verbessert werden. Die Produktion nahm zu und wurde diversifiziert. Viehfutter, Hafer, Gerste und Getreide ergänzten den Kartoffelanbau. Der vorwiegend organische Dünger brachte höhere Erträge und schonte gleichzeitig die Böden. Auch die Terrassierung hatte einen positiven Einfluss auf die Produktion. Deiche gegen Hochwasser und andere hydraulische Bauten verhinderten Überschwemmungen, die sonst Kulturen und Wohngebiete zerstört hätten, zum Beispiel im Haupttal von Cochabamba. Diese Fortschritte ermutigten die Bevölke-

rung, die Prinzipien der schonenden Bodennutzung weiterzuentwickeln, um so mehr als die weiter stromabwärts liegenden Gemeinden bereit waren, diesen "Dienst an der Umwelt" finanziell zu unterstützen.

PROMIC wurde bisher in neun Einzugsgebieten durchgeführt und soll auf die umliegenden Regionen ausgedehnt werden. Die Methode eignet sich für die gesamte Andenregion, da die geografischen und sozialen Bedingungen ähnlich sind. PROMIC ist zu einer Referenz im Bereich der wirtschaftlichen, ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Nutzung der natürlichen Ressourcen geworden, und das damit verbundene Wissen ist in ganz Bolivien gefragt.

## MEHR LANDWIRTSCHAFTLICHER ERTRAG DURCH BEWÄSSERUNG



Die Region Licto in den ecuadorianischen Anden liegt zwischen 2700 und 3100 Metern über Meer und gehört zu den meistbenachteiligten Gegenden der Sierra. Sie umfasst 6500 Hektaren mit erodierten Böden, die nur eine dünne Schicht bilden. Ausserdem ist die Gegend zum Teil sehr steil. Regen fällt unregelmässig und schwach, was zu Wassermangel führt. Die Bevölkerung lebt von Landwirtschaft für den Eigenbedarf: Mais, Hafer, Gerste, Roggen und Kartoffeln. Um das magerere Einkommen zu ergänzen, arbeiten über 60 Prozent der Männer andernorts als Saisoniers, so dass vor allem die Frauen die Arbeit in der Landwirtschaft leisten.

Um die Region aus dieser Spirale des Elends hinauszuführen, leitete eine staatliche Organisation 1990 ein ehrgeiziges Bewässerungsprojekt ein, zum grössten Teil durchgeführt von einer NGO Ecuadors. Die DEZA unterstützt das Projekt, das dazu beitragen soll, die Armut abzubauen, eine bes-

sere Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten und die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen zu fördern.

Das Bewässerungssystem wurde etappenweise eingerichtet. Insgesamt sollen 1670 Hektaren im Besitz von 1300 Familien darin integriert werden. Zur Zeit sind bereits rund 400 Hektaren bewässert, was für die Landwirte der Gegend einer Revolution gleichkommt. Die Einkommen haben sich erhöht und die Produktion wurde diversifiziert, da nun Futter- und Gemüsekulturen angebaut werden können. Das Gemüse – Broccoli, Knoblauch, Zwiebeln und Karotten – wird auf den lokalen Märkten verkauft, einiges sogar exportiert. Diese Veränderungen brachten den Familien eine beträchtliche Einkommensverbesserung.

#### **Ausbildung ist entscheidend**

Von Anfang an hat sich die Bevölkerung aktiv an allen Etappen des Pro-

jektes beteiligt und erhielt gleichzeitig die nötige Ausbildung. Neben Kenntnissen über neue Techniken wurden den Betroffenen Organisationsmethoden, vor allem zur Selbstorganisation, beigebracht. Sie erlernten, wie man zu Krediten kommt und diese verwaltet. In Zukunft wird das bezogene Wasser von den Bauern bezahlt und die Bewässerungskanäle von ihnen unterhalten.

Auch die Frauen, welche in diesem Projekt eine wichtige Rolle spielen, wurden ausgebildet, was oft zunächst ihre Alphabetisierung voraussetzte. Das ganze Ausbildungsprogramm gewann eine besondere Bedeutung für eine Bevölkerung, die seit Jahrhunderten ihre Lebensbedingungen fatalistisch hinnehmen musste. Die erzielten Fortschritte zeigten ihnen, dass sie Ereignisse beeinflussen und Lösungen für ihre Probleme finden können. Die Bilanz der zehn Jahre Licto ist positiv, und das Projekt wird in Zukunft als Modell für andere Regionen dienen.

## PARTNERSCHAFT IN DER VERWALTUNG DER GESUNDHEITSDIENSTE

Nepal ist nach wie vor eines der ärmsten Länder der Welt. Fast die Hälfte seiner 23 Millionen Einwohner leben unter der Armutsschwelle, und die meisten wohnen in nur schwer zugänglichen Landregionen. Die Analphabetenrate ist sehr hoch: 86 Prozent bei den Frauen und 59 Prozent bei den Männern über 15 Jahren. Die Volksgesundheit ist eine grosse Herausforderung für die Regierung Nepals. Die sanitären Bedingungen und die Gesundheitsdienste leiden unter schweren Mängeln, so dass in einigen Berggebieten die Lebenserwartung bei kaum mehr als 37 Jahren liegt.

Trotz dieser desolaten Situation gibt es Hoffnung dank eines Entwicklungsprojekts für das ländliche Gesundheitswesen. Es wurde 1991 von der

Lebensbedingungen sind besonders schwierig, da ihre Arbeitslast sehr schwer ist: sie müssen sich um die Felder und das Vieh kümmern, Wasser holen, Feuerholz suchen, kochen, den Haushalt führen und die Kinder betreuen. Den Frauen in den Bergen fehlt noch mehr als jenen in den tieferen Regionen jede finanzielle Autonomie, und sie haben nur einen sehr beschränkten Zugang zum Gesundheits- und Schulwesen.

### Ein langer Prozess

Jedes Projekt zur Verbesserung des Gesundheitssystems und zum Ausbau der Prävention wird mit Blick auf die verstärkte Verantwortlichkeit der Bevölkerung (empowerment) durchgeführt. Als Erstes leisten Vertreter des

Personal aus, das später die Arbeit übernimmt. Die Gemeinschaft soll in der Lage sein, ihre Situation zu analysieren, die Probleme und Lösungen zu definieren, so dass sie ihr Recht auf Zugang zum Gesundheitswesen vollumfänglich wahrnehmen kann. Der Einbezug aller lokalen Partner ist eine Garantie für die Nachhaltigkeit des Projekts.

Die betroffenen Gemeinschaften konnten sich sozial mobilisieren und die bestehenden Gesundheitsdienste wurden reformiert, um besser auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Dank der Partnerschaft konnten die Betroffenen sich auch an der Führung der Dispensarien beteiligen und sich die nötigen Kenntnisse aneignen. Die Mitbestimmung und die erworbenen Kompetenzen sind wesentliche Kom-



DEZA eingeleitet und will in zwei Distrikten das Gesundheitssystem unter Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften verbessern: «mit» ihnen, nicht «für» sie arbeiten. Dabei ist der Einbezug der Frauen wichtig. Ihre

Gesundheitswesens umfangreiche Arbeit im Feld, um gute Beziehungen zu den Behörden der Dörfer und des Distrikts aufzubauen. Danach organisieren sie Anlässe, informieren über Gesundheitsfragen und bilden lokales

ponenten dieses Prozesses, wichtig sind aber auch das Selbstwertgefühl und ein kritisches Bewusstsein. Dazu hat das Projekt der DEZA, das bis 2005 dauern soll, bereits in grossem Masse beigetragen.

## GEGEN DIE VERARMUNG DER BÖDEN KÄMPFEN



Fast zwei Drittel der Bevölkerung Afrikas leben von der Landwirtschaft, in den Bergregionen noch mehr. Doch der Landwirtschaftssektor ist von einer schwerwiegenden Krise bedroht. Die mangelhafte Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und der starke demografische Druck führen zu einer Verarmung der Böden. In weiten Gebieten des afrikanischen Kontinents geht die landwirtschaftliche Produktion zurück und untergräbt damit die Bemühungen für ein nachhaltiges Wachstum.

Besonders beunruhigend ist die Situation in den hochgelegenen Regionen Ostafrikas, wo vermutlich fast 75 Prozent der Böden verarmen, weil sie laufend Nährstoffe verlieren. Die betroffenen Regierungen stehen dem Ausmass des Phänomens oft hilflos gegenüber und suchen Rat bei Umweltfachleuten. Die DEZA engagiert sich seit über 25 Jahren in mehreren afrikanischen Ländern, indem sie Projekte für eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen unterstützt.

### Die Sorgen der Bevölkerung

Besonders aktiv war die DEZA in Äthiopien, wo die Verschlechterung der Böden so weit fortgeschritten ist, dass sie zur Verarmung der Landbevölkerung und zu Hungersnöten führt. Im Auftrag der DEZA hat das Zentrum für Entwicklung und Umwelt (Centre for Development and Environment – CDE) der Universität Bern ein umfangreiches Forschungsprogramm zur Erhaltung der Böden eingeleitet. Es baut auf einer umfassenden, während vieler Jahre erstellten Datenbank auf und will dazu beitragen, neue Techniken zum Schutz der Böden einzuführen, die ergriffenen Massnahmen regelmässig zu evaluieren und Personal auszubilden. Das Programmkonzept wird laufend angepasst. Heute steht der Mensch im Zentrum der Bemühungen. Es geht um den Versuch, aufgrund seiner Kenntnisse und Gewohnheiten, die Elemente in den Griff zu bekommen, während zu Beginn die Natur (Böden, Wasser, Pflanzen, Wind usw.) im Mittelpunkt stand. Indem die Bauern in einen ständigen Dialog ein-

bezogen und über die Folgen der Verarmung der Böden informiert werden sowie durch die Verbreitung von landwirtschaftlichem Wissen hat der Kampf gegen die fortschreitende Wüstenbildung an Effizienz und Nachhaltigkeit gewonnen.

Ähnliche Programme wurden in Eritrea, Kenia und Madagaskar durchgeführt. Dadurch konnten eine beeindruckende Menge an Daten gesammelt, ein weit herum anerkanntes Wissen über Strategien der nachhaltigen Bewirtschaftung erworben und schliesslich ein Netz von Partnerinstitutionen aufgebaut werden. Die erworbenen Erfahrungen können mit geringen Anpassungen andersorts im östlichen und südlichen Afrika angewandt werden, namentlich in Mosambik und Tansania, zwei Schwerpunktländern der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Ziele dieses umfangreichen Programms sind Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, soziales Wohlergehen und ökologische Nachhaltigkeit.

FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN DEN BERGGEBIETEN

ERFAHRUNGEN UND INFORMATIONEN AUSTAUSCHEN

Die Berge und ihre Bevölkerungen werden politisch, wirtschaftlich, kulturell und geografisch marginalisiert. Zur Förderung einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung muss ihnen besondere Aufmerksamkeit zukommen. Verschiedene Partner haben sich zusammengetan und das Mountain Forum gegründet: eine Plattform für Erfahrungs- und Informationsaustausch, aber auch ein Sprachrohr zugunsten der Menschen und der Ökosysteme in diesen Regionen.

Die Organisation wurde 1995 auf Initiative der DEZA geschaffen. Diese internationale Zusammenarbeit von NGOs, Universitäten, Regierungen, mul-

Länder angeschlossen. Die Dynamik und die Kreativität seiner Mitglieder dienen zur Förderung zahlreicher Initiativen.

Indem sie das Forum unterstützt, möchte die DEZA die Problematik der Berggebiete besser bekanntmachen. In Europa, Asien und Lateinamerika wurden kontinentweit Netzwerke aufgebaut, weitere sind in Afrika und in Nordamerika im Entstehen. Sie alle ergänzen die Arbeit des globalen Netzes. Dank der verbesserten regionalen und internationalen Zusammenarbeit wird der Wissensaustausch auf verschiedenen Ebenen gefördert.

nen mit der Kommission für nachhaltige Entwicklung aus und verfolgt aktiv die Vorbereitungen des nächsten Erdgipfels in Johannesburg.

Das wichtigste Kommunikationsmittel des Forums ist sein umfangreicher Site im Internet, der rund 1500 Dokumenten und Links zu mehr als 10 000 Webpages umfasst. Regelmässig werden E-Konferenzen zu verschiedenen Themen organisiert. Damit Mitglieder ohne Zugang zur elektronischen Kommunikation nicht benachteiligt sind, werden ausserdem ein Bulletin und verschiedene Publikationen herausgegeben.



tilateralen Organisationen und dem Privatsektor dient zur Förderung des Projekts, das von einem Exekutivsekretariat geleitet wird. Dieses seinerseits steht unter der Leitung eines sechsköpfigen Führungsausschusses. Zur Zeit zählt das Forum 2000 Einzel- und Kollektivmitglieder, die in Berggebieten leben oder arbeiten. Dem weltweiten Netz sind rund hundert

**Elektronische Kommunikation**

Das Forum arbeitet zusammen mit verschiedenen Institutionen mit ähnlichen Interessen, zum Beispiel mit dem Internationalen Zentrum für die integrierte Entwicklung der Berggebiete (International Centre for Integrated Mountain Development – ICIMOD). Es tauscht auch regelmässig Informatio-

Dank des Bergforums konnte sich eine erfreuliche Dynamik entwickeln, und sein innovatives Vorgehen stösst auf immer mehr Interesse. Je stärker aber die Organisation wächst, desto mehr muss ihre Finanzierung diversifiziert werden. Zur Zeit hängt sie noch zu sehr von der DEZA ab.



INNOVATIVE POLITIK



**Armutsbekämpfung**

Die Schweiz hat ein innovatives Konzept der «kreativen» Entschuldung entwickelt, das den Schuldenabbau und die soziale Entwicklung miteinander verknüpft. Der Erlass von Forderungen aus der Exportrisikogarantie (bilaterale Staatsschulden) beläuft sich auf 1,1 Milliarden Franken. Als Gegenleistung haben sich zwölf Länder bereit erklärt, 267 Millionen Franken in Projekte für die ärmsten Bevölkerungsgruppen zu investieren. Das Beispiel der Philippinen zeigt, wie dank einem Gegenwertfonds ein erfolgreiches Resultat erzielt werden konnte.

Die Beispiele Tansanias und Boliviens illustrieren zwei weitere Ansätze. Im Falle Tansanias können dank dem Aufkauf nicht garantierter kommerzieller Schulden, die Schulden bei privaten Banken und Unternehmen abgebaut werden. Im Falle Boliviens ist die Einleitung von Begleitmassnahmen vorgesehen, die dem Land ermöglichen, seine Schulden besser zu verwalten. All diese Massnahmen wurden schrittweise in den Rahmen der internationalen Bemühungen zur Lösung des Schuldenproblems in seiner Gesamtheit integriert.

In zehn Jahren hat das Schweizer Programm erfolgreich dazu beigetragen, den ärmsten und den am stärksten verschuldeten Ländern Erleichterung zu verschaffen, indem eine geeignete Lösung für ihre Zahlungsunfähigkeit gefunden wurde. Es ermöglichte einen Schuldenerlass von insgesamt rund 2 Milliarden Franken. In Zukunft wird die Entschuldung in das Massnahmenpaket der ordentlichen Wirtschaftshilfe integriert. Entschuldung kann nicht isoliert angegangen werden, sondern muss in eine umfassende Politik der Wirtschaftshilfe eingebaut werden. Diese muss sich noch stärker am Wachstum und am Kampf gegen die Armut orientieren.

Das Entschuldungsprogramm der Schweiz, unter der Gesamtverantwortung des *seco*, bezweckt einen Schuldenabbau für arme Länder, um die Entwicklung benachteiligter Bevölkerungen zu fördern. Diese Hilfe wird Staaten gewährt, die sich auf einen wirtschaftlichen und politischen Reformprozess verpflichtet haben. Zu den von den Empfängerländern zu erfüllenden Kriterien gehören eine gute Regierungsführung (Respektierung der Menschenrechte, Trennung der gerichtlichen und politischen Macht, Pressefreiheit usw.) sowie ein Engagement im Kampf gegen die Armut.

Vier Instrumente werden in den Schweizer Entschuldungsprogrammen eingesetzt: die Streichung bilateraler Staatsschulden, der Erlass von nicht garantierten Handelsschulden, der Abbau multilateraler Schulden, sowie Begleitmassnahmen. Das erste Instrument besteht darin, bilaterale Schulden zu streichen, oft mit der Bedingung, dass die Schuldnerländer sogenannte Gegenwertfonds schaffen, mit denen Entwicklungsaktivitäten finanziert werden.

## SCHULDEN GEGEN PROJEKTE EINTAUSCHEN

Dank einer Politik der Wirtschaftsreformen und verschiedener Entschuldungsmassnahmen konnten die Philippinen eine Dynamik des Wachstums und des Armutsabbaus einleiten. Diese Fortschritte wurden leider 1997 von der Finanzkrise in Südostasien und von den Folgen des verheerenden Durchgangs von El Niño gebremst.

Die Schweiz half der philippinischen Regierung, die wirtschaftliche und so-

Ein grosses Problem in den Philippinen ist die Bodenerosion, und Cocotech bietet Lösungen gegen die Verarmung der Böden an. Ihre Netze aus Kokosfasern helfen Wände stützen, und ihre Backsteine kommen in der Landwirtschaft, im Gartenbau und im Haushalt zum Einsatz. Die Firma produziert ausserdem Naturdünger und Töpfe aus Kokosfasern. Rohstoff gibt es zur Genüge, da auf dem Archipel 11 Milliarden Kokosnüsse pro Jahr geerntet werden.

Dank Cocotech konnte die Kokosfaserindustrie wieder aktiviert werden. Die Produktion, deren Qualität kontrolliert wird, entspricht der Nachfrage des Marktes, und gleichzeitig können neue Technologien entwickelt werden. Einer der wichtigen Aspekte ist, dass diese Firma marginalisierten Gemeinschaften neue wirtschaftliche Aussichten bietet. Über 60 Prozent des Verkaufserlöses gehen an die Herstellerfamilien, die zuvor in äusserster



ziale Situation des Landes zu verbessern, indem sie die bilaterale Schulden strich, verknüpft mit der Forderung nach der Schaffung eines Gegenwertfonds zur Unterstützung von Entwicklungsaktivitäten zugunsten der ärmsten Bevölkerungsschichten. Der Fonds «Stiftung für eine nachhaltige Entwicklung» wurde 1995 geäuft und hat seither über 150 Projekte mit Krediten und Förderungsmitteln unterstützt. Zu den Empfängern gehört die Firma «Cocotechnologies (Cocotech)», die sich auf umweltfreundliche Produkte auf Kokosnussbasis spezialisiert hat.

**Die Armut abbauen**

Die Kokosprodukte werden in Japan, den USA und Europa mit dem Label «Cocogreen» vertrieben. Auch die Schweiz importiert seit kurzem solche Backsteine. Diese werden aus Kokosnusssrinde hergestellt, getrocknet und gepresst. Vor dem Gebrauch werden sie ins Wasser gelegt, damit sie sich vollsaugen. Daraus ergibt sich ein säurearmer Torfersatz, der gegen Bakterien und Pilze resistent ist.

Armut lebten. So konnte dank Cocotech die Situation von über 30 000 Personen verbessert werden.

Die Resultate dieser Aktivitäten geben Anlass zu Hoffnung. Der Gegenwertfonds finanzierte in den Philippinen zudem Projekte in den Sektoren Landwirtschaft und Fischerei sowie in Kleinunternehmen.

## DIE MULTILATERALE SCHULD ABBAUEN

Tansania gehört zu den ärmsten Ländern der Welt, obwohl es ein grosses Potential aufweist: reiche Böden, ausreichende Wasserreserven, produktive Landwirtschaft, Tourismus. Die sehr hohe Auslandsschuld, unter der das Land erstickt und die das Wachstum verhindert, ist teilweise für die Unter-

mussten Massnahmen ergriffen werden, um das Land so schnell wie möglich von seinem extrem hohen Schuldenstand zu entlasten. Zu diesem Zweck hat die Schweiz zusammen mit anderen Gebern einen multilateralen Entschuldungsfonds eingerichtet.

sania hinsichtlich einer transparenten Finanzplanung zu unterstützen.

Die Geberländer sahen in diesem Dialog ferner eine Gelegenheit, die Synergie ihrer Aktivitäten zu verbessern. Damit soll eine Strategie zur Bekämpfung der Armut durch gemeinsame



entwicklung des Landes verantwortlich. Die Verschuldung liegt bei jährlich 264 Dollar pro Kopf, das Einkommen bei knapp 210 Dollar pro Kopf.

Während der letzten fünf Jahre hat Tansania erfolgreich Wirtschaftsreformen durchgeführt, womit es sich für die Initiative zugunsten hochverschuldeter armer Länder (HIPC-Initiative) qualifizierte. Diese Initiative will die Gesamtschuld auf ein akzeptables Niveau senken, so dass diese Länder aus ihrer Insolvenz hinausfinden können. Da die Initiative ursprünglich vorsah, dass der effektive Schuldenerlass erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt,

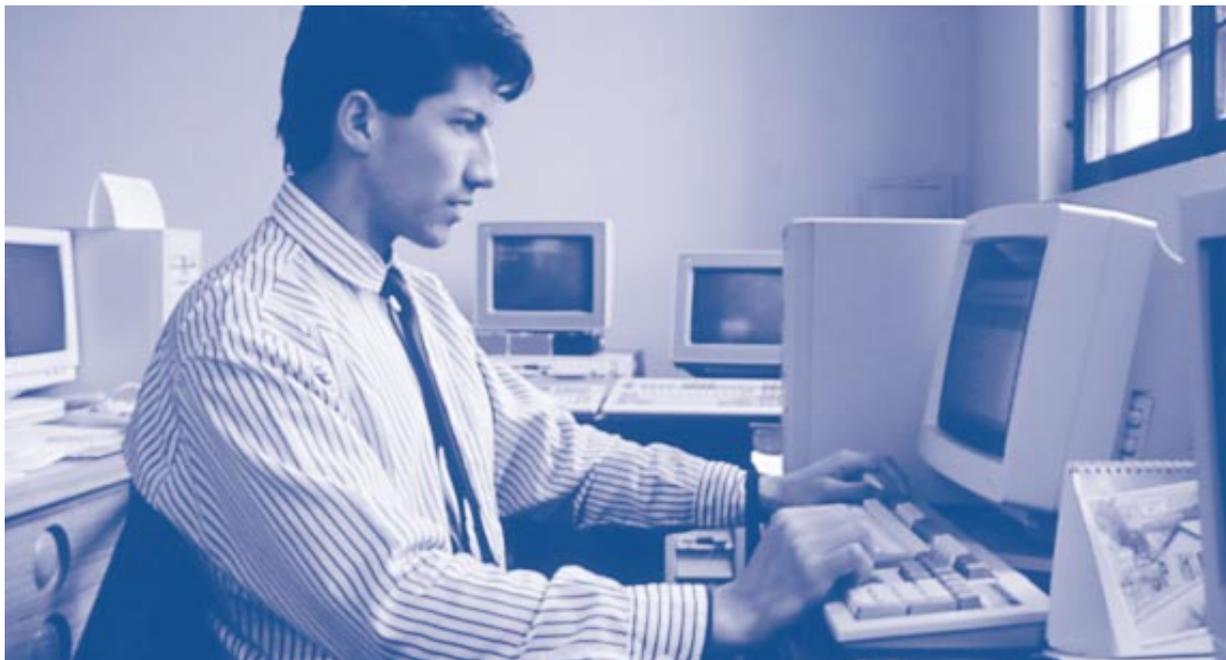
**Die Prioritäten festlegen**

Dank diesem Instrument finanzierte die Schweiz die Zahlungsrückstände Tansanias gegenüber der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Afrikanische Entwicklungsbank. Die somit eingesparten Mittel dienen zur Deckung von Ausgaben im Gesundheits- und Erziehungswesen zugunsten der Bevölkerung. In einem regelmässigen Dialog gelangten die Geberländer mit der tansanischen Regierung zu einem Übereinkommen zu den Prioritäten der Entwicklungspolitik. Es geht auch darum, die Anstrengungen von Tan-

Budgethilfe aufrechterhalten werden. Diese wird direkt an das Staatsbudget ausbezahlt, das aufgrund entwicklungspolitischer Prinzipien erstellt wurde.

Die Schweiz unterstützt die Entschuldung Tansanias auch auf anderen Ebenen. So wurde im Austausch gegen die Aufhebung der bilateralen Schulden ein Ausgleichsfonds geschaffen. Damit werden Projekte namentlich in den Sektoren Gesundheit, Gemeindeentwicklung und Umweltschutz finanziert.

## LERNEN, DIE SCHULDEN ZU VERWALTEN



Bolivien befolgt seit über 15 Jahren die Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds im Bereich Strukturanpassung und -reformen. Trotzdem ist es eines der ärmsten Länder Lateinamerikas geblieben. Die Durchführung von Reformen wurde von der internationalen Gemeinschaft durch die Streichung eines Teils der Schulden kompensiert. Bolivien war eines der ersten Länder, die von der Initiative zugunsten der hochverschuldeter armer Länder (HIPC-Initiative) profitieren konnten. Als Gegenleistung arbeitete es im Dialog mit der Zivilgesellschaft eine Strategie zur Armutsbekämpfung aus.

Im Rahmen des Schweizer Entschuldungsprogramms wurden Boliviens Bemühungen, seine Schuldenverwaltung zu verbessern, unterstützt. Bolivien gehört zu den 34 Ländern, denen eine solche Unterstützung zugute kam. Die Schweiz unterstützte insbesondere das Ziel der bolivianischen Regierung, die institutionellen Prozeduren zu vereinfachen und Fachleute

im Bereich Schuldenverwaltung auszubilden. Konkret finanzierte sie die Einführung eines von der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) entwickelten Informatikprogramms in der bolivianischen Zentralbank. Gleichzeitig gewährleistete sie die Ausbildung der Anwender dieses Informatikprogramms, mit dem die Schulden und die Zahlungen zentral und zuverlässig erfasst werden können.

#### **Kreditauswirkungen analysieren**

Die Schweiz hat ferner, zusammen mit Dänemark, Grossbritannien, Österreich und Schweden, ein Programm finanziert, mit dem die Verträglichkeit der Schulden analysiert werden kann. Bolivien wird dadurch besser beurteilen können, welches die Auswirkungen von Kreditaufnahmen unter Vorgabe verschiedener wirtschaftlicher Szenarien sind. So hat es im Rahmen der HIPC-Initiative auch eine stärkere Verhandlungsposition. Ein wichtiger Aspekt des Programms ist auch, die

Kenntnisse in den Ländern und Institutionen der Region zu vernetzen und auf regionaler Ebene Fachleute auszubilden.

Die Bemühungen in Hinblick auf eine bessere Schuldenverwaltung in Bolivien waren von Erfolg gekrönt. Allerdings haben sie den Nachteil, dass das ausgebildete Personal versucht ist, aus dem Staatsdienst auszutreten und andernorts besser bezahlte Stellen zu finden. Mit weniger Personalwechsel könnten die Fortschritte noch solider sein.

Bolivien zählt seit vielen Jahren zu den Schwerpunktländern der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Das seco ist in mehreren Bereichen aktiv. Neben den Entschuldungsaktivitäten leistet es der Zentralbank Boliviens institutionelle Unterstützung und engagiert sich auch in der Investitions- und Handelsförderung.



**Tabelle 1**  
**Überblick zur öffentlichen Hilfe der Schweiz 2001**

Nach Definition der OECD ist die **öffentliche Entwicklungshilfe (APD)** die Gesamtheit der finanziellen Zuwendungen:

- Sie stammen von öffentlichen Organen (Bund, Kantone und Gemeinden).
- Sie sind abgestimmt auf die Bedingungen der Begünstigten (Schenkungen oder Darlehen zu günstigen Konditionen).
- Ihr vorrangiges Ziel ist die wirtschaftliche und soziale Entwicklung.
- Sie sind bestimmt für die Länder und Regionen, die auf der OECD-Liste zu finden sind.

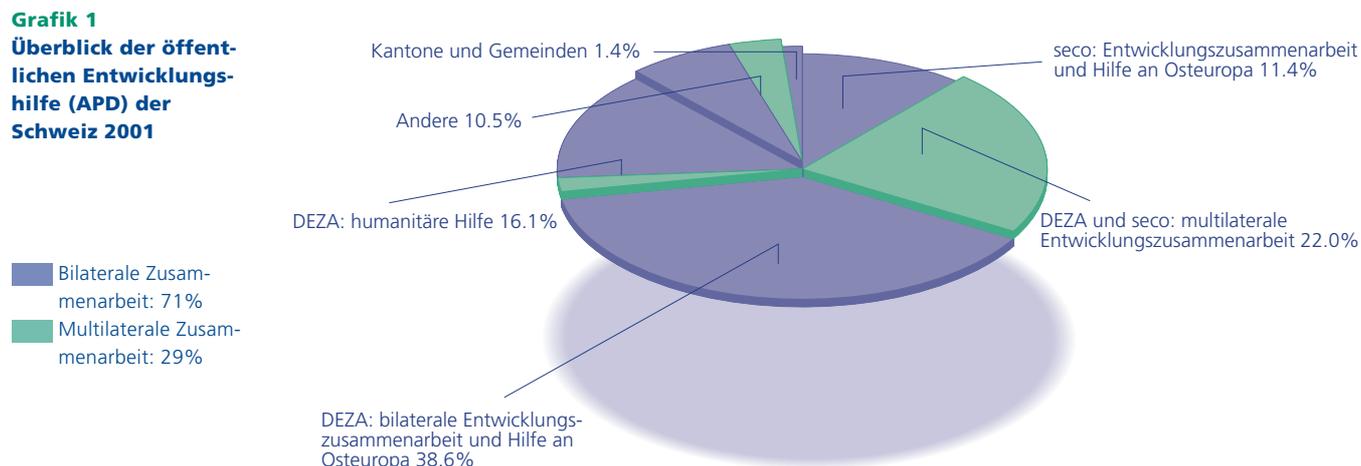
Diese Liste enthält 152 Länder und Regionen, die sich "in Entwicklung" befinden; in Europa gehören hierzu Ex-Jugoslawien, Albanien, Moldova und Malta.

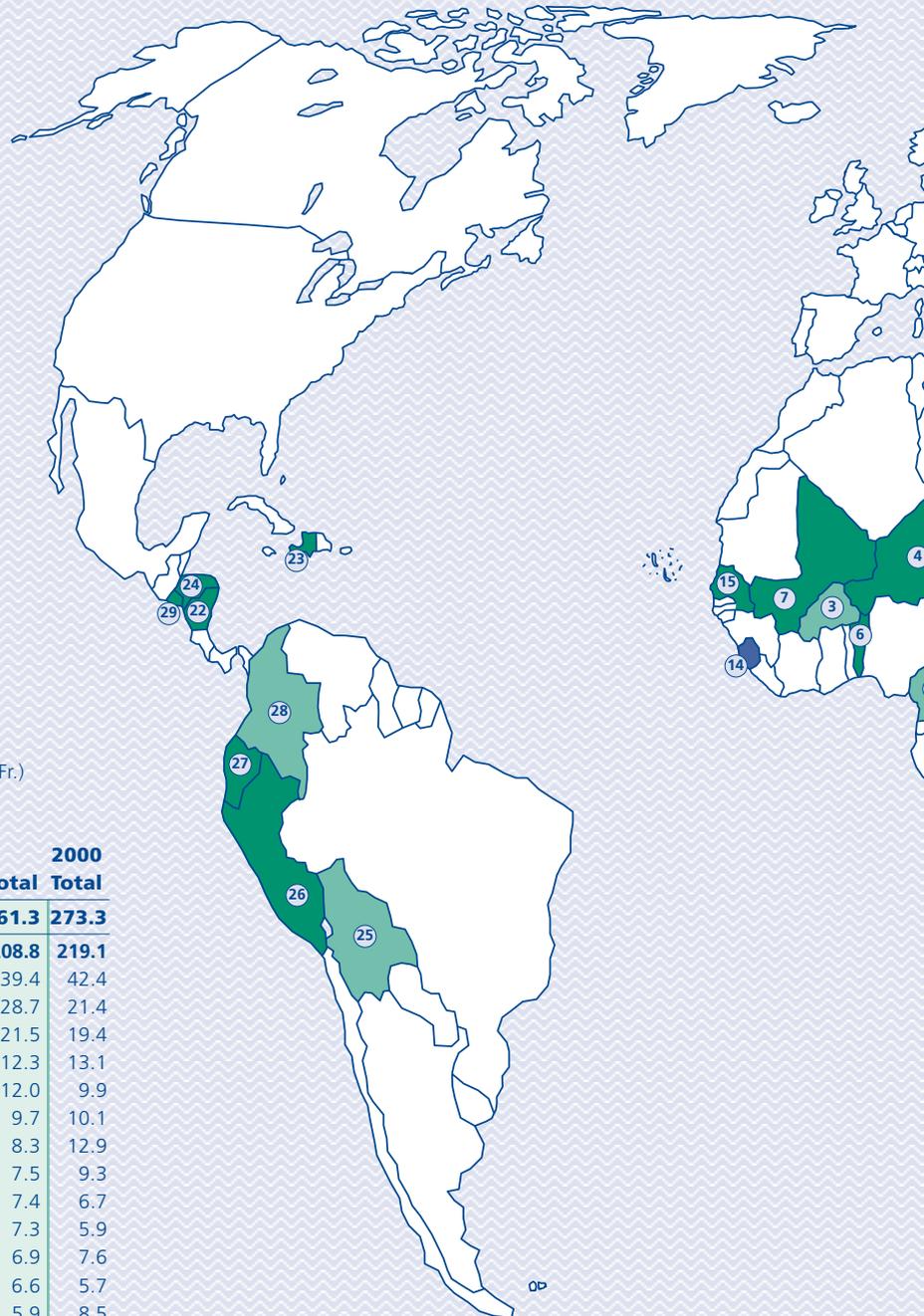
Die **öffentliche Hilfe** orientiert sich an vier gleich bleibenden Kriterien, doch die Länderliste variiert: Es handelt sich um so genannte Übergangsländer, um 12 Länder Zentral- und Osteuropas (mit Russland) und 22 Entwicklungsländer und -regionen, die als "fortgeschrittener" betrachtet werden (darunter befinden sich Gibraltar, Israel, Hong Kong, die Bahamas, Singapur).

Finanzierungsquellen und Instrumente (Mio Fr.)	2001			2000	
	APD bilateral	APD multilateral	Öffentliche Hilfe	Total	Total
<b>Bund</b>	<b>1'066.3</b>	<b>443.3</b>	<b>95.2</b>	<b>1'604.8</b>	<b>1'579.0</b>
<b>Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)</b>	<b>809.6</b>	<b>364.7</b>	<b>45.8</b>	<b>1'220.1</b>	<b>1'156.6</b>
Humanitäre Hilfe	218.6	27.7	9.4	255.7	262.1
Entwicklungszusammenarbeit <sup>1)</sup>	526.1	337.0	1.7	864.8	817.9
Zusammenarbeit mit Osteuropa	64.9	–	34.7	99.6	76.6
<b>Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)</b>	<b>149.2</b>	<b>25.9</b>	<b>44.0</b>	<b>219.0</b>	<b>247.1</b>
Entwicklungszusammenarbeit	93.7	25.9	–	119.5	129.8
Zusammenarbeit mit Osteuropa	55.5	–	44.0	99.5	117.3
<b>Andere Departemente</b>	<b>107.6</b>	<b>52.7</b>	<b>5.4</b>	<b>165.7</b>	<b>175.3</b>
<b>Kantone und Gemeinden</b>	<b>21.3</b>	<b>–</b>	<b>1.7</b>	<b>23.0</b>	<b>24.2</b>
Humanitäre Hilfe	3.6	–	0.2	3.8	5.2
Entwicklungszusammenarbeit	17.7	–	1.5	19.2	19.0
<b>Total</b>	<b>1'087.6</b>	<b>443.3</b>	<b>96.9</b>	<b>1'627.8</b>	<b>1'603.2</b>
Davon: Humanitäre Hilfe	296.1	27.7	9.6	333.4	346.7
Entwicklungszusammenarbeit	671.1	415.6	8.6	1'095.3	1'062.5
Zusammenarbeit mit Osteuropa	120.4	–	78.7	199.1	194.0
<b>Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)</b>	<b>1'087.6</b>	<b>443.3</b>		<b>1'530.9</b>	<b>1'502.7</b>
BSP				450'597	437'048
APD in % des BSP				0.34 %	0.34 %
<b>Öffentliche Hilfe</b>			<b>96.9</b>	<b>96.9</b>	<b>100.6</b>

<sup>1)</sup>Die multilaterale finanzielle Zusammenarbeit (Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und -fonds) ist eine "gemeinsame Aufgabe der DEZA und des seco" (Art. 8 Absatz 1 der Verordnung betreffend der Entwicklungszusammenarbeit vom 12.12.1977). Die entsprechenden Mittel sind im Budget der DEZA enthalten.

**Grafik 1**  
**Überblick der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2001**



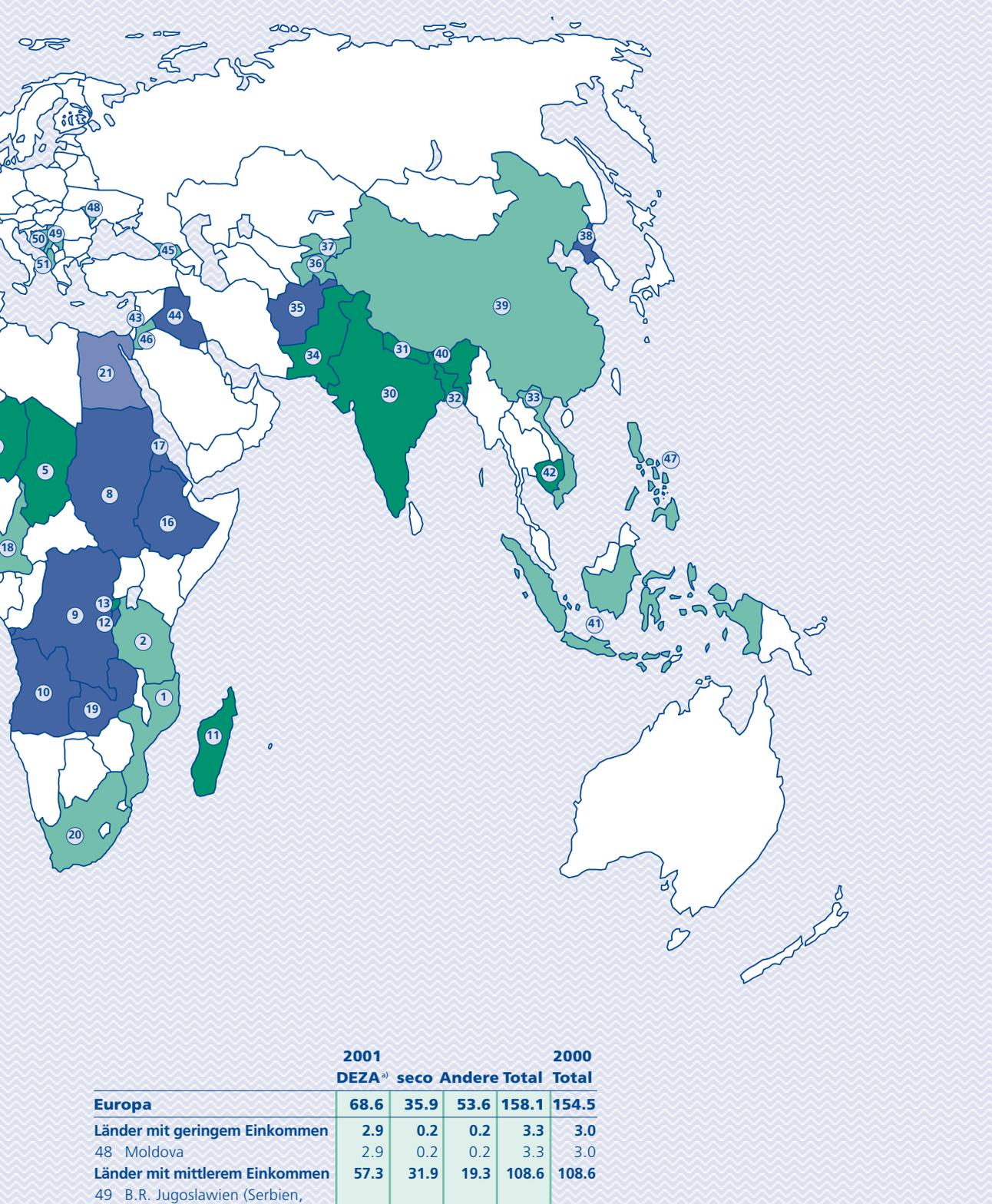


**Tabelle 2**

Bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz  
**Aufteilung nach Ländern und Hilfekategorien** (Mio Fr.)

	2001			2000	
	DEZA <sup>a)</sup>	seco	Andere	Total	Total
<b>Afrika</b>	<b>212.4</b>	<b>39.2</b>	<b>9.7</b>	<b>261.3</b>	<b>273.3</b>
<b>Länder mit geringem Einkommen</b>	<b>178.4</b>	<b>23.7</b>	<b>6.7</b>	<b>208.8</b>	<b>219.1</b>
1 Mosambik	30.2	8.6	0.6	39.4	42.4
2 Tansania	20.4	8.0	0.4	28.7	21.4
3 Burkina Faso	13.9	6.8	0.8	21.5	19.4
4 Niger	12.2	–	0.1	12.3	13.1
5 Tschad	11.9	–	0.2	12.0	9.9
6 Benin	9.6	–	0.1	9.7	10.1
7 Mali	8.0	–	0.3	8.3	12.9
8 Sudan	7.3	–	0.2	7.5	9.3
9 Kongo (D.R.)	7.3	–	0.1	7.4	6.7
10 Angola	7.3	–	–	7.3	5.9
11 Madagaskar	6.4	–	0.5	6.9	7.6
12 Burundi	6.6	–	–	6.6	5.7
13 Ruanda	5.7	–	0.2	5.9	8.5
14 Sierra Leone	5.7	–	–	5.7	4.5
15 Senegal	5.2	–	0.4	5.6	4.3
16 Äthiopien	3.6	–	0.2	3.8	6.1
17 Eritrea	3.2	–	0.3	3.5	2.6
18 Kamerun	2.0	0.1	0.9	2.9	3.5
19 Sambia	1.8	–	–	1.8	0.8
Andere Länder	10.3	0.3	1.3	11.8	24.5
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>12.4</b>	<b>9.4</b>	<b>1.8</b>	<b>23.6</b>	<b>26.4</b>
20 Südafrika	9.1	3.3	1.2	13.6	9.0
21 Ägypten	0.8	4.2	0.3	5.3	11.8
Andere Länder	2.5	2.0	0.3	4.7	5.5
<b>Nicht zuteilbare und reg. Projekte</b>	<b>21.6</b>	<b>6.1</b>	<b>1.1</b>	<b>28.8</b>	<b>27.9</b>
<b>Lateinamerika</b>	<b>92.5</b>	<b>6.2</b>	<b>6.0</b>	<b>104.7</b>	<b>107.8</b>
<b>Länder mit geringem Einkommen</b>	<b>14.3</b>	<b>0.1</b>	<b>1.0</b>	<b>15.4</b>	<b>24.7</b>
22 Nicaragua	7.7	0.1	0.5	8.2	11.7
23 Haiti	3.3	–	0.5	3.8	4.0
24 Honduras	3.4	–	–	3.4	9.0
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>62.2</b>	<b>4.3</b>	<b>4.8</b>	<b>71.2</b>	<b>64.5</b>
25 Bolivien	16.1	1.5	0.3	17.9	17.8
26 Peru	13.9	0.4	0.8	15.1	10.9
27 Ecuador	10.9	0.3	0.4	11.7	7.9
28 Kolumbien	5.5	1.8	0.7	8.0	9.5
29 El Salvador	4.8	–	0.5	5.3	4.1
Andere Länder	11.0	0.3	1.9	13.2	14.4
<b>Nicht zuteilbare und reg. Projekte</b>	<b>16.0</b>	<b>1.8</b>	<b>0.2</b>	<b>18.0</b>	<b>18.7</b>

	2001			2000	
	DEZA <sup>a)</sup>	seco	Andere	Total	Total
<b>Asien</b>	<b>209.4</b>	<b>21.1</b>	<b>9.0</b>	<b>239.6</b>	<b>229.7</b>
<b>Länder mit geringem Einkommen</b>	<b>167.4</b>	<b>15.2</b>	<b>5.3</b>	<b>187.9</b>	<b>179.2</b>
30 Indien	34.6	0.2	2.4	37.2	30.9
31 Nepal	20.9	–	0.1	20.9	19.6
32 Bangladesch	20.4	–	0.3	20.7	24.7
33 Vietnam	14.1	3.6	0.4	18.2	18.0
34 Pakistan	15.0	–	0.1	15.0	15.0
35 Afghanistan	12.0	–	0.6	12.6	8.6
36 Tadschikistan	6.6	4.8	0.2	11.6	8.5
37 Kirgisistan	7.9	0.1	0.3	8.3	12.2
38 Nordkorea	7.6	–	–	7.6	4.4
39 China	2.8	3.4	0.2	6.4	16.7
40 Bhutan	6.4	–	–	6.4	5.7
41 Indonesien	3.3	2.0	0.2	5.5	5.9
42 Kambodscha	4.9	–	0.1	5.0	3.1
Andere Länder	11.0	1.1	0.4	12.5	5.7
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>27.0</b>	<b>4.6</b>	<b>1.8</b>	<b>33.4</b>	<b>38.0</b>
43 Palästina	9.8	–	0.3	10.2	8.9
44 Irak	4.8	–	0.2	5.0	6.0
45 Georgien	3.3	0.3	0.3	3.9	3.9
46 Jordanien	0.9	2.7	–	3.6	6.1
47 Philippinen	2.2	0.1	0.3	2.7	2.7
Andere Länder	5.9	1.6	0.6	8.1	10.4
<b>Nicht zuteilbare und reg. Projekte</b>	<b>15.0</b>	<b>1.3</b>	<b>1.9</b>	<b>18.2</b>	<b>12.6</b>



	2001		2000		
	DEZA <sup>a)</sup>	seco	Andere	Total	Total
<b>Europa</b>	<b>68.6</b>	<b>35.9</b>	<b>53.6</b>	<b>158.1</b>	<b>154.5</b>
<b>Länder mit geringem Einkommen</b>	<b>2.9</b>	<b>0.2</b>	<b>0.2</b>	<b>3.3</b>	<b>3.0</b>
48 Moldova	2.9	0.2	0.2	3.3	3.0
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>57.3</b>	<b>31.9</b>	<b>19.3</b>	<b>108.6</b>	<b>108.6</b>
49 B.R. Jugoslawien (Serbien, inkl. Kosovo, Montenegro)	23.5	26.4	7.8	57.7	49.3
50 Bosnien-Herzegowina	10.9	3.8	6.4	21.1	18.9
51 Albanien	6.9	2.0	0.9	9.8	11.8
Andere Länder	16.0	–	4.3	20.0	28.6
<b>Nicht zuteilbare und reg. Projekte</b>	<b>8.4</b>	<b>3.8</b>	<b>34.1</b>	<b>46.2</b>	<b>42.9</b>

<b>Länder mit geringem Einkommen</b>	<b>363.0</b>	<b>39.3</b>	<b>13.2</b>	<b>415.5</b>	<b>425.9</b>
<b>Länder mit mittlerem Einkommen</b>	<b>158.9</b>	<b>50.3</b>	<b>27.7</b>	<b>236.8</b>	<b>237.4</b>
<b>Nicht zuteilbare und reg. Projekte</b>	<b>61.0</b>	<b>12.9</b>	<b>37.4</b>	<b>111.3</b>	<b>102.1</b>

<b>Nicht zuteilbar per Kontinent</b>	<b>226.6</b>	<b>46.7</b>	<b>50.6</b>	<b>324.0</b>	<b>293.5</b>
--------------------------------------	--------------	-------------	-------------	--------------	--------------

<b>APD bilateral, total</b>	<b>809.6</b>	<b>149.2</b>	<b>128.9</b>	<b>1'088</b>	<b>1'059</b>
-----------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	--------------

<sup>a)</sup> Die Auszahlungen der NGOs stammend von Programmbeiträgen der DEZA sind inbegriffen.

- Länder erster Priorität für die Hauptkategorien der Hilfe 2001:
- Entwicklungszusammenarbeit der DEZA
  - Humanitäre Hilfe der DEZA
  - Wirtschaftliche Massnahmen des seco
  - Entwicklungszusammenarbeit der DEZA und wirtschaftliche Massnahmen des seco

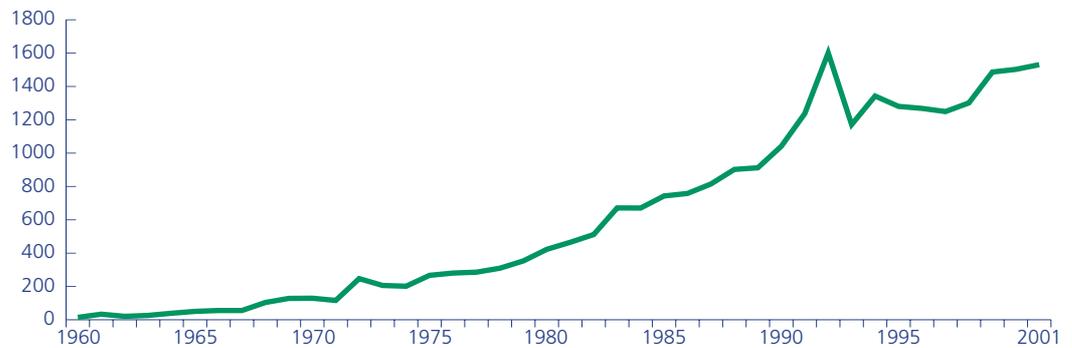
Nicaragua/Zentralamerika und Vietnam/Mekongregion sind Schwerpunktregionen der DEZA.

**Tabelle 3**

Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz  
**Entwicklung seit 1960**  
 (in Milliarden Franken, nominal)

	1960	1970	1980	1990	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>BSP</b>	<b>37.1</b>	<b>92.6</b>	<b>177.3</b>	<b>326.1</b>	<b>357.1</b>	<b>369.1</b>	<b>373.8</b>	<b>382.9</b>	<b>397.1</b>	<b>408.7</b>	<b>417.3</b>	<b>437.0</b>	<b>450.6</b>
Ausgaben des Bundes	2.6	7.8	17.5	31.6	39.7	42.6	40.9	44.2	44.4	47.0	45.7	47.1	48.9
Öffentliche Ausgaben (Bund und Kantone)	6.5	20.3	47.2	86.6	108.1	114.2	111.1	116.0	117.3	120.2	119.9	122.0	127.2
<b>APD</b>	<b>0.02</b>	<b>0.13</b>	<b>0.42</b>	<b>1.04</b>	<b>1.17</b>	<b>1.34</b>	<b>1.28</b>	<b>1.27</b>	<b>1.32</b>	<b>1.30</b>	<b>1.49</b>	<b>1.50</b>	<b>1.53</b>
Private Schenkungen	–	0.05	0.11	0.16	0.21	0.23	0.22	0.22	0.22	0.25	0.28	0.27	–
<b>APD in % des BSP</b>	<b>0.04</b>	<b>0.14</b>	<b>0.24</b>	<b>0.32</b>	<b>0.33</b>	<b>0.36</b>	<b>0.34</b>	<b>0.34</b>	<b>0.33</b>	<b>0.32</b>	<b>0.35</b>	<b>0.34</b>	<b>0.34</b>
APD in % der Ausgaben des Bundes	0.58	1.66	2.41	3.29	2.95	3.15	3.13	2.87	2.82	2.77	3.10	3.19	3.13
APD in % der öffentlichen Ausgaben	0.23	0.64	0.90	1.20	1.08	1.18	1.15	1.09	1.07	1.08	1.22	1.23	1.20

**Grafik 2**  
**Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz im Vergleich 1960-2001**  
 (Mio Fr., nominal)

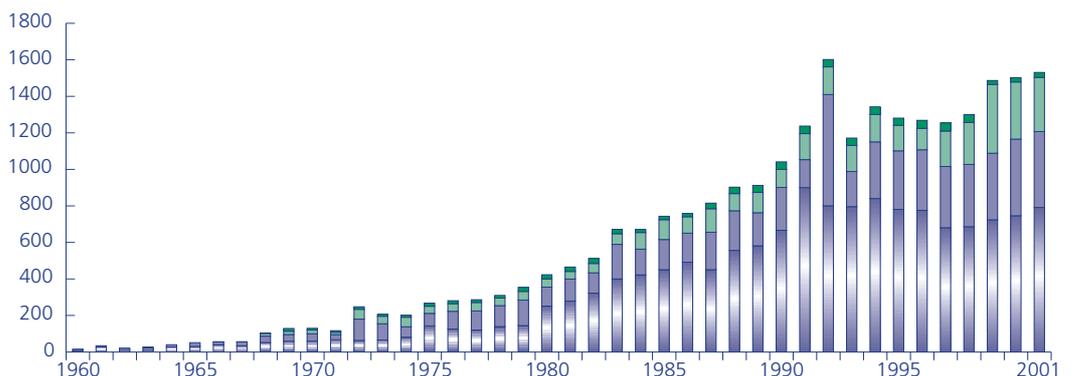


**Grafik 3**  
**Öffentliche Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz im Vergleich 1960-2001**  
 (in Prozenten des BSP)



**Grafik 4**  
**Aufteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 1960-2001**  
 (Mio Fr., nominal)

■ Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit  
■ Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit  
■ Bilaterale humanitäre Hilfe  
■ Multilaterale humanitäre Hilfe



**Tabelle 4**  
**Aufteilung der**  
**öffentlichen**  
**Entwicklungshilfe**  
**(APD) nach Ländern,**  
**1963-2001**

(Mio Fr.)

	1963	1970	1980	1990	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Afrika, total</b>	<b>2.5</b>	<b>27.4</b>	<b>102.5</b>	<b>343.7</b>	<b>307.3</b>	<b>311.9</b>	<b>303.8</b>	<b>283.9</b>	<b>272.1</b>	<b>243.3</b>	<b>277.7</b>	<b>273.3</b>	<b>261.3</b>
Mosambik	–	0.2	3.8	36.3	28.2	41.1	31.9	33.5	26.3	30.0	26.4	42.4	39.4
Tansania	0.1	1.8	23.5	26.3	17.6	27.4	22.5	19.3	35.3	19.8	32.5	21.4	28.7
Burkina Faso	–	–	3.3	6.9	10.9	17.8	14.5	18.4	18.1	11.0	21.5	19.4	21.5
Südafrika	–	–	–	17.6	6.1	8.3	10.2	15.2	13.9	17.8	5.7	9.0	13.6
Niger	–	–	2.5	8.1	19.2	7.8	8.8	8.7	8.0	8.4	10.9	13.1	12.3
Tschad	–	0.6	0.7	7.2	12.2	9.9	7.6	8.7	14.3	9.3	10.3	9.9	12.0
Benin	–	1.3	0.9	13.3	13.0	6.6	19.3	12.8	9.9	10.0	9.6	10.1	9.7
Mali	–	–	6.9	23.4	8.3	8.9	6.8	6.9	10.9	8.5	9.0	12.9	8.3
Sudan	–	0.1	0.5	5.9	6.2	2.4	4.4	3.4	3.1	8.6	8.1	9.3	7.5
Kongo (D.R.)	0.3	0.7	0.9	1.4	1.5	4.0	1.5	5.4	2.7	3.3	6.3	6.7	7.4
Angola	–	0.1	0.2	5.8	4.1	5.1	4.3	9.5	8.3	7.5	8.8	5.9	7.3
Madagaskar	0.1	0.7	4.3	44.7	24.6	20.3	20.5	15.9	13.8	9.1	9.9	7.6	6.9
Burundi	0.2	0.6	1.9	2.9	2.6	1.9	0.7	2.5	1.3	2.8	3.6	5.7	6.6
<b>Asien, total</b>	<b>3.1</b>	<b>27.9</b>	<b>97.6</b>	<b>175.5</b>	<b>256.3</b>	<b>276.7</b>	<b>193.7</b>	<b>179.6</b>	<b>205.5</b>	<b>208.9</b>	<b>203.5</b>	<b>229.7</b>	<b>239.6</b>
Indien	0.8	17.4	27.8	17.9	39.9	34.2	26.8	26.4	36.6	28.8	29.5	30.9	37.2
Nepal	1.1	1.0	13.5	22.3	19.5	23.4	18.4	18.3	16.3	18.0	20.5	19.6	20.9
Bangladesch	–	–	18.8	13.3	21.6	28.1	14.0	15.1	12.0	33.9	25.7	24.7	20.7
Vietnam	–	0.5	0.4	1.1	23.6	10.8	5.7	12.5	15.1	16.8	13.7	18.0	18.2
Pakistan	–	1.6	2.2	13.4	17.3	19.7	15.0	16.9	14.7	14.6	13.3	15.0	15.0
Afghanistan	–	0.1	0.3	2.8	2.2	2.2	4.0	1.8	3.2	4.8	4.2	8.6	12.6
Tadschikistan	–	–	–	–	0.5	1.3	1.0	1.8	7.5	5.4	4.5	8.5	11.6
Palästina	–	–	–	–	3.0	17.9	14.8	11.7	8.8	10.0	9.3	8.9	10.2
<b>Lateinamerika, total</b>	<b>5.4</b>	<b>14.7</b>	<b>36.3</b>	<b>90.1</b>	<b>90.7</b>	<b>135.9</b>	<b>114.5</b>	<b>122.4</b>	<b>95.6</b>	<b>100.8</b>	<b>123.6</b>	<b>107.8</b>	<b>104.7</b>
Bolivien	–	0.5	5.6	21.8	17.5	34.1	19.2	28.2	19.2	19.8	18.0	17.8	17.9
Peru	0.1	2.2	4.9	14.9	10.6	9.0	10.4	15.6	15.6	12.3	12.4	10.9	15.1
Ecuador	–	2.9	1.0	5.4	6.9	7.8	9.0	9.2	8.7	8.5	8.0	7.9	11.7
Nicaragua	–	–	0.9	8.8	8.5	11.8	22.3	14.1	6.6	12.0	13.2	11.7	8.2
Kolumbien	–	0.5	0.9	1.4	5.0	5.1	7.1	6.5	5.2	6.1	5.9	9.5	8.0
<b>Europa, total</b>	<b>0.1</b>	<b>0.6</b>	<b>0.6</b>	<b>2.7</b>	<b>51.7</b>	<b>48.7</b>	<b>64.0</b>	<b>60.2</b>	<b>34.4</b>	<b>39.4</b>	<b>187.0</b>	<b>154.5</b>	<b>158.1</b>
<b>APD bilateral, total</b>	<b>12.9</b>	<b>79.3</b>	<b>295.7</b>	<b>764.9</b>	<b>938.9</b>	<b>990.2</b>	<b>921.0</b>	<b>892.6</b>	<b>834.2</b>	<b>932.3</b>	<b>1'087</b>	<b>1'059</b>	<b>1'088</b>

**Tabelle 5**  
**Aufteilung der**  
**bilateralen Aktionen**  
**nach Sektor und**  
**Ländern**

(Schwerpunktländer)  
 2001 (Mio Fr.)

	Landwirtschaft	Wasser, Infrastruktur, Transport	Umwelt	Gesundheit, Bevölkerung	Erziehung, Kunst, Kultur	Privatsektor, Finanz- sektor	Verwaltung des öf- fentlichen Sektors	Multisektoriell	Total
<b>Afrika</b>	<b>21.8</b>	<b>20.4</b>	<b>6.5</b>	<b>37.4</b>	<b>15.9</b>	<b>9.6</b>	<b>12.6</b>	<b>34.8</b>	<b>159.0</b>
Mosambik	1.0	4.9	1.5	13.6	0.4	0.8	2.0	5.4	29.5
Tansania	1.3	6.5	–	8.6	–	0.3	0.1	2.2	19.0
Burkina Faso	0.5	1.1	0.1	0.2	1.7	2.4	1.4	5.6	13.0
Niger	2.1	3.2	0.3	0.1	0.7	0.3	0.7	4.4	11.7
Benin	1.5	0.6	–	3.5	1.3	0.9	0.3	1.4	9.3
Tschad	1.3	1.3	–	1.9	0.3	1.0	0.2	5.9	11.8
Madagaskar	5.8	–	0.1	–	–	–	–	–	5.9
Mali	1.0	–	2.1	0.9	0.1	1.2	0.9	1.6	7.9
Kapverden	–	0.3	–	0.2	–	0.1	0.2	–	0.4
Südafrika	1.0	0.3	–	0.2	3.2	–	3.4	0.6	8.5
Ruanda	–	–	–	1.0	0.3	0.5	1.9	1.8	4.7
<b>Asien</b>	<b>24.4</b>	<b>29.3</b>	<b>18.6</b>	<b>7.6</b>	<b>21.8</b>	<b>17.4</b>	<b>7.6</b>	<b>21.4</b>	<b>148.0</b>
Bangladesch	4.2	4.9	0.4	0.5	5.2	2.1	–	2.9	20.2
Indien	7.1	0.1	3.2	0.4	3.0	10.6	1.5	3.7	29.5
Nepal	1.7	10.2	2.2	1.5	1.2	1.3	0.8	2.0	20.9
Vietnam	–	4.3	4.6	0.2	3.5	0.4	0.2	0.8	14.0
Pakistan	2.1	5.6	1.9	–	0.9	0.8	1.7	1.9	14.9
Palästina	–	–	1.3	0.3	2.0	–	0.4	4.2	8.3
Bhutan	1.6	1.0	0.2	–	1.9	0.3	1.2	0.3	6.4
Indonesien	0.1	0.1	1.6	0.1	0.6	–	–	–	2.5
<b>Lateinamerika</b>	<b>21.0</b>	<b>9.0</b>	<b>10.6</b>	<b>2.9</b>	<b>6.3</b>	<b>16.1</b>	<b>5.2</b>	<b>8.8</b>	<b>79.9</b>
Bolivien	5.9	0.1	0.9	0.8	0.4	3.9	2.0	1.9	15.8
Peru	1.4	2.6	0.6	0.1	1.6	2.5	1.3	1.7	11.9
Ecuador	3.6	0.8	1.2	0.4	–	2.6	0.6	1.5	10.7
Nicaragua	1.8	2.1	–	0.2	0.8	1.3	0.6	0.3	7.0
Honduras	0.1	1.3	–	–	–	0.2	–	0.2	1.8
<b>Europa</b>	<b>5.6</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>1.0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0.7</b>	<b>7.3</b>
<b>Nicht zuteilbar per Kontinent</b>	<b>4.0</b>	<b>3.5</b>	<b>13.2</b>	<b>6.3</b>	<b>9.0</b>	<b>3.3</b>	<b>2.8</b>	<b>65.8</b>	<b>107.9</b>
<b>Bilaterale Aktionen der DEZA</b>	<b>76.8</b>	<b>62.2</b>	<b>48.9</b>	<b>54.3</b>	<b>53.9</b>	<b>46.4</b>	<b>28.2</b>	<b>131.6</b>	<b>502.2</b>

**Tabelle 6**

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA

**Aufteilung der Aktionen nach Art der Ausführung**

	2001		2000	
	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%
Direkt durchgeführte Aktionen	274.2	54.6	238.5	50.4
In Regie durchgeführte Aktionen	101.7	20.3	103.9	22.0
davon: Schweizerische Hilfswerke (NGOs)	72.1	14.4	71.1	15.0
Beiträge an nicht internationale Organisationen für bestimmte Aktionen	66.1	13.2	66.6	14.1
davon: Schweizerische Hilfswerke (NGOs)	56.0	11.2	56.5	12.0
Beiträge an internationale Organisationen für bestimmte Aktionen	60.1	12.0	63.8	13.5
<b>Total bilaterale Entwicklungszusammenarbeit</b>	<b>502.2</b>	<b>100.0</b>	<b>472.8</b>	<b>100.0</b>

**Tabelle 7**

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA

**Zusammenarbeit mit schweizerischen privaten Hilfswerken (NGOs)**

	2001		
	Programm-Beiträge Mio Fr.	Regieaufträge Mio Fr.	Total Mio Fr.
Intercooperation	–	25.5	25.5
Swisscontact	5.5	13.4	18.9
Helvetas	12.5	21.3	33.8
Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK)	3.2	0.8	4.0
Freiwilligeneinsätze (UNITE)	9.5	–	9.5
Caritas Schweiz	3.7	–	3.7
Brot für alle	2.6	–	2.6
Fédération genevoise de coopération (FGC)	1.5	–	1.5
Swissaid	5.5	–	5.5
Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)	1.5	–	1.5
Fastenopfer	2.8	–	2.8
Schweiz. Arbeiterhilfswerk (SAH)	2.1	0.8	2.9
Stiftung Kinderdorf Pestalozzi (SKIP)	1.4	–	1.4

**Tabelle 8**  
 Multilaterale  
 Zusammenarbeit  
**Allgemeine Beiträge  
 an internationale  
 Organisationen**

	<b>2000</b> Mio Fr.	<b>2001</b> Mio Fr.
<b>Organisationen der Vereinten Nationen</b>	<b>132.6</b>	<b>138.8</b>
Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP)	52.0	52.0
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	17.0	17.0
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	13.0	13.0
Bevölkerungsfonds der UNO (UNFPA)	11.5	12.0
UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA)	9.4	11.9
Spezialprogramme der Weltgesundheitsorganisation (WHO)	5.0	3.6
HIV/AIDS-Programm der UNO (UNAIDS)	2.2	4.0
UNO-Entwicklungsfonds für die Frauen (UNIFEM)	0.8	0.8
Freiwilligenprogramm der UNO (UNV)	0.5	0.6
Andere Entwicklungsorganisationen der UNO <sup>a)</sup>	21.2	23.9
<b>Entwicklungsbanken und ihre Spezialfonds<sup>b)</sup></b>	<b>290.5</b>	<b>267.5</b>
Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB)	2.0	1.9
Afrikanischer Entwicklungsfonds (FAfD)	92.1	46.0
Asiatische Entwicklungsbank (AsDB)	0.7	0.6
Asiatischer Entwicklungsfonds (AsDF)	10.6	13.9
Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB)	1.4	1.6
Initiative zugunsten hochverschuldeter armer Länder (HIPC-Initiative)	25.0	23.5
Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)	140.0	140.0
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)	0.2	17.7
Andere Entwicklungsbanken <sup>c)</sup>	18.5	22.2
<b>Andere multilaterale Institutionen</b>	<b>20.7</b>	<b>37.0</b>
Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)	3.1	11.1
Globaler Umweltfonds (GEF)	8.4	10.6
Global Fund for Aids, Tuberculosis and Malaria (GFATM)	–	5.0
Agence intergouvernementale de la francophonie (AIF)	4.2	4.3
Internationale Vereinigung zur Bewahrung der Natur (IUCN)	1.2	1.2
Andere multilaterale Institutionen	3.7	4.9
<b>Total multilaterale EZA</b>	<b>443.8</b>	<b>443.3</b>

<sup>a)</sup> Es handelt sich um obligatorische oder allgemeine Beiträge an andere Organisationen wie die UNO-Weltgesundheitsorganisation (WHO), das UNO-Umweltprogramm (UNEP), die UNO-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die UNO-Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO) und die UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO).

<sup>b)</sup> Die multilaterale finanzielle Zusammenarbeit (Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und -fonds) ist eine "gemeinsame Aufgabe der DEZA und des seco" (Art. 8 Absatz 1 der Verordnung betreffend der Entwicklungszusammenarbeit vom 12.12.1977). Die entsprechenden Mittel sind im Budget der DEZA enthalten. Verschiedene Verpflichtungen, die in Form von "Notes" (Sichtguthaben) geleistet wurden, werden jeweils erst zum Zeitpunkt, wenn sie ausgestellt werden, verbucht.

<sup>c)</sup> Es handelt sich um allgemeine Beiträge an die Erweiterte Strukturanpassungsfazilität des Internationalen Währungsfonds (IWF), den HIPC-Treuhandfonds des Internationalen Währungsfonds, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und die Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur (MIGA).

## WIRTSCHAFTLICHE MASSNAHMEN

**Tabelle 9**

Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen des seco

**Auszahlungen  
aufgegliedert nach  
Massnahmen**

	2001		2000	
	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%
Entschuldungsmassnahmen	25.4	21.2	37.3	28.8
Zahlungsbilanzhilfe	24.3	20.3	16.9	13.1
Mischfinanzierung	6.8	5.7	16.5	12.7
Handelsförderung	20.1	16.8	13.8	10.6
Förderung des Einsatzes privatwirtschaftlicher Mittel	37.8	31.6	36.8	28.4
Rohstoffe	0.1	0.1	5.2	4.0
Studien und verschiedene Massnahmen	5.1	4.2	3.2	2.4
<b>Total wirtschaftliche Massnahmen</b>	<b>119.5</b>	<b>100.0</b>	<b>129.8</b>	<b>100.0</b>

**Tabelle 10**

Wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen des seco

**Ausgaben nach  
Massnahmenkategorie  
und Land (Mio Fr.)**

Land	Hauptinstrument des Einsatzes	2001 Total per Land
<b>Afrika</b>		<b>39.2</b>
Mosambik	Zahlungsbilanzhilfe	8.6
Tansania	Zahlungsbilanzhilfe	8.0
Burkina Faso	Zahlungsbilanzhilfe	6.8
Ägypten	Mischfinanzierung	4.2
Südafrika	Unterstützung des Privatsektors	3.3
Marokko	Unterstützung des Privatsektors	1.0
Regionale Projekte und andere Länder	Unterstützung des Privatsektors	7.4
<b>Lateinamerika</b>		<b>6.2</b>
Kolumbien	Unterstützung des Privatsektors	1.8
Bolivien	Handelsförderung	1.5
Peru	Unterstützung des Privatsektors	0.4
Andere Länder	Unterstützung des Privatsektors	2.5
<b>Asien</b>		<b>13.3</b>
Vietnam	Mischfinanzierung, Unterstützung des Privatsektors	3.6
China	Mischfinanzierung, Unterstützung des Privatsektors	3.4
Jordanien	Mischfinanzierung	2.7
Indonesien	Unterstützung des Privatsektors	2.0
Regionale Projekte und andere Länder	Unterstützung des Privatsektors	1.6
<b>Nicht aufgeteilte Entwicklungsländer</b>	Entschuldung, Unterstützung des Privatsektors	<b>60.8</b>
<b>Total</b>		<b>119.5</b>

**Tabelle 11**  
**Nettobeiträge**  
**öffentlicher und**  
**privater Mittel der**  
**Schweiz an**  
**Entwicklungs-**  
**und Übergangsländer**  
 (Mio Fr.)

<b>Entwicklungsländer</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>
Öffentliche Entwicklungshilfe	1'352.2	1'469.1	1'502.7
Andere Beiträge des öffentlichen Sektors	51.2	31.9	12.7
Privatbeiträge	5'196.0	3'400.2	1'682.7
Direktinvestitionen	5'196.0	2'789.2	1'914.6
Exportkredite	..	611.0	844.4
Portfolio-Investitionen	..	..	-
Privatspenden	249.4	275.4	274.1

<b>Übergangsländer</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>
Öffentliche Hilfe	114.3	106.0	100.6
Andere Beiträge des öffentlichen Sektors	1.0	1.0	-
Privatbeiträge	2.0	10.5	10.9
Privatspenden	24.2	18.6	13.9

Quellen:  
 private Unterstützung: Schweizerische Nationalbank und Garantie gegen Exportrisiken  
 private Spenden: Anfragen bei schweizerischen Hilfswerken.

**Herausgeber**

Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit (DEZA),  
Eidg. Departement für  
auswärtige Angelegenheiten (EDA),  
3003 Bern  
Tel.: 031 322 44 12  
Fax: 031 324 13 48  
Internet: [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch)  
E-mail: [info@deza.admin.ch](mailto:info@deza.admin.ch)

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco),  
Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD),  
3003 Bern  
Tel: 031 322 56 56  
Fax: 031 322 56 00  
Internet: [www.seco.admin.ch](http://www.seco.admin.ch)  
E-mail: [info@seco.admin.ch](mailto:info@seco.admin.ch)

**Gestaltung**

Etter Grafik + Co, Zürich

**Text**

Ariane Geiser, Neuenburg

**Statistiken**

Christiane Sollberger, DEZA  
Catherine Graf Lutz, DEZA

**Redaktion/Koordination**

Catherine Vuffray, DEZA

**Fotos**

Panos Pictures/Katherine Wratten (Umschlag)  
Panos Pictures/Neil Cooper (Umschlag)  
Panos Pictures/Alison Wright (S. 7)  
Panos Pictures/Sean Sprague (S. 8)  
Panos Pictures/Caroline Penn (S. 9, 10, 14)  
Panos Pictures/Liba Taylor (S. 12)  
Circic (Umschlag, S. 4, 5, 10)  
Circic/J.-C. Gadmer (Umschlag, S. 1, 2, 11)  
Circic/R. Taurines (S. 6)  
Circic/Alain Pinoges (S. 13)  
DEZA/Toni Linder (S. 3, 4)

70'585

ISBN 3-03798-018-4



DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT DEZA  
DIRECTION DU DÉVELOPPEMENT ET DE LA COOPÉRATION DDC  
DIREZIONE DELLO SVILUPPO E DELLA COOPERAZIONE DSC  
SWISS AGENCY FOR DEVELOPMENT AND COOPERATION SDC  
AGENCIA SUIZA PARA EL DESARROLLO Y LA COOPERACIÓN COSUDE

Staatssekretariat für Wirtschaft  
Secrétariat d'Etat à l'économie  
Segretariato di Stato dell'economia  
State Secretariat for Economic Affairs



2001



INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ

JAHRESBERICHT

D

ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA

## Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz

**Die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz** beläuft sich auf rund 1,5 Milliarden Franken pro Jahr, das sind ungefähr 0,34 Prozent des Bruttosozialprodukts oder täglich 58 Rappen pro Einwohner. Sie umfasst alle vom Bund, den Kantonen und Gemeinden für die Entwicklungsländer, die internationalen Institutionen und Nicht-Regierungsorganisationen zu Vorzugsbedingungen bereitgestellten Mittel.

Welches sind ihre konkreten **Ziele**? Im Bundesgesetz vom 19. März 1976 über die Entwicklungszusammenarbeit und die internationale humanitäre Hilfe wird festgehalten: «Sie unterstützt die Entwicklungsländer im Bestreben, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern. Sie soll dazu beitragen, dass diese Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft vorantreiben.»

Im März 1994 definierte der Bundesrat in seinem Bericht zu den Nord-Süd-Beziehungen der Schweiz in den 90er Jahren das Leitbild der **Entwicklungspolitik**. Daraus gingen vier Hauptthemen hervor: Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit, Förderung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat; Förderung der Wohlfahrt und bessere Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum; Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit namentlich für die Frauen; und schliesslich Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Auf eidgenössischer Ebene sind zwei Bundesämter für Konzept und Umsetzung der Entwicklungshilfe zuständig: die **Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)**, die zum Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gehört, und das **Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)** im Volkswirtschaftsdepartement (EVD). Ihre wichtigsten Instrumente sind technische Zusammenarbeit, Finanzhilfe, Wirtschafts- und

Handelsmassnahmen sowie humanitäre Hilfe. Die DEZA koordiniert die Aktionen.

Die **DEZA** umfasst vier Bereiche: Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und technische Zusammenarbeit mit Osteuropa. Sie erbringt ihre Leistungen mit einem Jahresbudget von ungefähr 1,3 Milliarde Franken und über 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland durch direkte Aktionen, Unterstützung von Programmen multilateraler Organisationen, durch Mitfinanzierungen und Beiträge an Programme schweizerischer und internationaler Hilfswerke.

Ziel der **Entwicklungszusammenarbeit** ist die Armutsbekämpfung im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Sie fördert namentlich die wirtschaftliche und staatliche Eigenständigkeit, trägt zur Verbesserung der Produktionsbedingungen bei, hilft bei der Bewältigung von Umweltproblemen und sorgt für besseren Zugang zur Bildung und gesundheitlichen Grundversorgung der am meisten benachteiligten Bevölkerung.

Leben retten und Leiden lindern ist der Auftrag der **Humanitären Hilfe** des Bundes. Sie leistet nach Naturkatastrophen und bei bewaffneten Konflikten direkte Hilfe durch Einsätze des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) und unterstützt humanitäre Partnerorganisationen.

Die **Länder Osteuropas** und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) unterstützt die DEZA auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft mit Wissenstransfer und Beiträgen zu Problemlösungen.

Während die humanitäre Hilfe bedarfsbezogen dort geleistet wird, wo sie am notwendigsten ist, konzentriert

sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf 17 Schwerpunktländer und -regionen sowie vier Länder mit Spezialprogrammen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die technische Zusammenarbeit mit Osteuropa konzentriert sich auf zehn Länder in Südosteuropa und der GUS. Multilateral arbeitet die DEZA insbesondere mit den Organisationen des UNO-Systems, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zusammen. Gesamthaft sind rund tausend mehrjährige Programme und Projekte in Arbeit.

Das **Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)** seinerseits definiert die Wirtschafts- und Handelsmassnahmen der Entwicklungszusammenarbeit: Mischkredite, an denen sich sowohl der Bund wie die Schweizer Banken beteiligen, Zahlungsbilanzhilfen, Anstrengungen für die Handelsförderung und, in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft, Aktionen im Bereich Basisprodukte. Ein wesentlicher Teil dieser Massnahmen ist für die Länder Osteuropas und der GUS vorgesehen. Das seco ist ausserdem der Hauptakteur in der Entschuldungsstrategie, welche für die am stärksten verschuldeten Länder ausgearbeitet wurde.



## INHALT

ZUSAMMENARBEIT MIT OSTEUROPA

- 2 EDITORIAL**  
Die Unterstützung der Reformen in Jugoslawien zeigt erste, ermutigende Resultate

### **DIE BUNDESREPUBLIK JUGOSLAWIEN BEI IHREN REFORMEN UNTERSTÜTZEN: DER BEITRAG DER SCHWEIZ**

- 4 EINLEITUNG**  
Hilfe anbieten, die den Bedürfnissen entspricht
- 5 VERWALTUNG**  
Die Gemeindeverwaltungen modernisieren
- 6 AUSBILDUNG**  
Die Grundlagen für eine moderne Verwaltung schaffen
- 7 VERKEHR**  
Basler Trams in Belgrad
- 8 WIEDEREINGLIEDERUNG**  
Rückkehr in die internationalen Finanzinstitutionen
- 9 STATISTISCHER TEIL**  
Tabellen und Grafiken

## DIE UNTERSTÜTZUNG DER REFORMEN IN JUGOSLAWIEN ZEIGT ERSTE, ERMUTIGENDE RESULTATE

Die in der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) seit Herbst 2000 eingetretenen Veränderungen ermöglichten es dem Land, ein Jahrzehnt der Konflikte und der Isolierung hinter sich zu lassen. Es war jedoch ein schmerzhaftes Erwachen für die Bevölkerung, die sich in eine bittere Realität von Inflation, Arbeitslosigkeit und Armut fügen musste. Angesichts dieser Situation beschloss die internationale Gemeinschaft, der neuen Regierung in Belgrad finanzielle Unterstützung in beträchtlichem Umfang zu gewähren. Diese leitete einen breit angelegten Reform- und Wiederaufbauprozess ein, um das Land aus der Stagnation zu führen.

Die BRJ liegt im Herzen des Balkans und hat ein starkes wirtschaftliches Potential. Allgemein wird ihr eine zentrale regionale Bedeutung zugeschrieben. Die Normalisierung unter der Ägide von Präsident Vojislav Kostunica muss zu einer Stabilisierung der Region führen, die ohne Einbezug der BRJ kaum zu erreichen wird. Durch den Beitritt der BRJ zum Stabilitätspakt für Südosteuropa bestehen gute Chancen, dass der Pakt sein Ziel erreicht, der Region Frieden zu bringen.

Seitdem die jugoslawischen Behörden demokratische Reformen in Angriff nahmen, hat die Schweiz ein mittel- und langfristiges Zusammenarbeitsprogramm ausgearbeitet. Sie war aber bereits seit 1995 mit humanitärer Hilfe in Serbien und Montenegro präsent, und seit 1999 liefert sie Material für dringende Re-





paraturen in der Stromversorgung. Diese Arbeit wurde 2001 fortgesetzt, mit dem Ziel, die Bedürfnisse der ärmsten Bevölkerungsgruppen abzudecken. Konkret ging es vor allem darum, Flüchtlinge unterzubringen, Schulen und Spitäler wiederaufzubauen, Heizungsinstallationen zu reparieren und die durch den Krieg verursachten Umweltschäden zu beheben.

### **Auf die Bedürfnisse eingehen**

Diese nun abgeschlossene Phase wurde von einem längerfristigen Hilfsprogramm abgelöst, das die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der BRJ unterstützen soll. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) arbeiten bei der Definition der Projekte in den Bereichen technische und finanzielle Hilfe zusammen, indem sie vordringlich auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen. So engagiert sich die DEZA in der Reform der staatlichen Institutionen und der öffentlichen Verwaltung, unterstützt die Gemeinden, fördert kleine und mittlere Unternehmen (KMU), und arbeitet im Bereich der Erziehung, der Integration und des Schutzes von ethnischen Minderheiten.

Das seco seinerseits unterstützt mit umfangreichen Materiallieferungen den Wiederaufbau und die Modernisierung der Stromversorgung. Zudem unterstützt das seco Programme zur Entwicklung des Privatsektors und zur Handels- und Investitionsförderung. Die Schweizer Hilfe soll ausserdem die Rückkehr der BRJ in die internationalen Finanzinstitutionen erleichtern. Über ihre Beteiligung am Stabilitätspakt trägt die Schweiz ferner zu verschiedenen regionalen Projekten bei. Dabei geht es hauptsächlich um die Finanzierung oder Mitfinanzierung von Programmen zur Förderung der Medien, zur Stärkung der lokalen Demokratie und der regionalen Kooperation, zur Unterstützung von Erziehung und Berufsbildung und von regionaler Zusammenarbeit im Sozialbereich.

### **Schnelle Fortschritte**

Die Anstrengungen der Schweiz, zusammen mit jenen der internationalen Gemeinschaft, ermöglichten der BRJ in kurzer Zeit beträchtliche Fortschritte zu machen. Dank diesen ermutigenden Resultaten kann das Land mit Optimismus in die Zukunft schauen, auch wenn noch enorme Anstrengungen nötig sind. Die Festigung der Demokratie, die Stärkung der Wirtschaft und der Aufbau der regionalen Zusammenarbeit sind Teil eines langen Reformprozesses, der erst am Anfang steht.

Und noch müssen Lösungen für zwei grosse Probleme gefunden werden. Einerseits sind die Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro nach wie vor gespannt. Sie müssen neu definiert und die bestehende Bundesstruktur muss angepasst werden. Andererseits ist die Zukunft des Kosovo nach wie vor unsicher. Der Status quo ist brüchig und wird eine Quelle der Instabilität bleiben, ob nun ein internationales Protektorat, eine serbische Provinz oder ein unabhängiger Staat daraus wird. Das Land muss lernen, seine Vergangenheit zu bewältigen, indem es klar den Weg der Demokratie einschlägt.

Walter Fust  
Botschafter  
Direktor der DEZA

David Syz  
Staatssekretär  
Direktor des seco



DIE BRJ BEI IHREN REFORMEN UNTERSTÜTZEN

HILFE ANBIETEN, DIE DEN BEDÜRFNISSEN ENTSPRICHT



besonders deutliche Fortschritte. Mit Krediten, die speditives Handeln ermöglichten, wurden die Gemeindeverwaltungen von sieben Ortschaften in Zentralserbien darin unterstützt, ihre akutesten Probleme anzupacken. Ein längerfristiger Akzent wurde auf die Ausbildung der Beamten gelegt, damit diese ihre Gemeinden nach europäischen Standards organisieren und verwalten und dabei die Zivilgesellschaft in den Entscheidungsprozessen einbeziehen. Dieses vom UNDP koordinierte multilaterale Projekt wird zur Verbesserung des technischen und administrativen Potentials der Regierung beitragen.

**Schnelle Fortschritte**

Bei der finanziellen Zusammenarbeit des seco geht es in erster Linie um die Infrastrukturen zur Stromversorgung. Als erstes wurden Massnahmen ergriffen, um die Mängel bei den elektrischen Installationen zu beheben und namentlich Ersatzteile für verschiedene Reparaturen zu liefern. Das Beispiel der Basler Trams, die nach Belgrad geliefert wurden, illustriert ein Projekt, das in kurzer Zeit zu bedeutenden Verbesserungen des öffentlichen Verkehrsnetzes in der Hauptstadt geführt hat.

Über das seco spielte die Schweiz ferner eine Schlüsselrolle bei der Wiedereingliederung der BRJ in die internationalen Finanzinstitutionen. Die seit dem Machtwechsel durchgeführten Aktivitäten werden im Kapitel über dieses umfassende Programm erläutert. Die Reformen tragen bereits erste Früchte. Man kann davon ausgehen, dass die Ziele der politischen Stabilität, der Wirtschaftsliberalisierung und der demokratischen Regierungsführung realisierbar sind.

Die politischen Veränderungen, die seit Herbst 2000 in der BRJ stattgefunden haben, erhöhten die Chancen für eine nachhaltige Entwicklung im Land. Um gezielt auf die Bereiche einzugehen, in denen Reformen am dringendsten nötig waren, wurde die Hilfe international koordiniert. So hat die Schweiz letztes Jahr über 40 Millionen Franken für die Programme der DEZA und des seco eingesetzt. Die nachfolgenden Berichte zeigen, was die beiden Bundesämter unternahmen.

Die DEZA-Abteilung für die Zusammenarbeit mit Osteuropa und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) hat ein langfristiges Konzept ausgearbeitet, in dem die Hilfe an Ser-

bien ein Schwergewicht ist. Bei den wichtigsten Aktivitäten geht es darum, die Reformen der Institutionen und der öffentlichen Dienststellen, den Ausbau des Privatsektors, Erziehung und Ausbildung sowie die Integration der Minderheiten zu unterstützen. Die DEZA beteiligt sich ferner an vier Regionalprogrammen in den Bereichen Justiz und Polizei, Forschung, Kultur und Jugend. Und schliesslich leistet sie bereichsübergreifende Hilfe bei der Organisation der Reformprozesse in verschiedenen Sektoren.

Von den ersten Projekten, die in der BRJ lanciert wurden, verzeichneten die beiden nachfolgend präsentierten

DIE GEMEINDEVERWALTUNGEN MODERNISIEREN

Der Regierungswechsel in der BRJ im Herbst 2000 zwang die Gemeinden, ihren Betrieb effizienter zu gestalten und auf mehr Bürgernähe auszurichten. Um sie in diesem ausgedehnten Modernisierungsprozess zu unterstützen, leitete die DEZA ein Hilfsprogramm für sieben Gemeinden ein. In

muss die Gemeindeverwaltung verantwortlich und transparent sein.

**Die Bedeutung der Ausbildung**

Die wichtigsten Probleme, die in den Abklärungen vor Ort und in Diskussionen mit den Gemeindebehörden

schränkt, sondern wurden von einem praktischen Teil ergänzt. So konnten die Teilnehmer die Städte Winterthur, Glarus und Zürich besuchen und erhielten dort detaillierte Informationen über die verschiedenen Institutionen einer Gemeinde.



diesen Ortschaften leben knapp eine Million Personen.

Das Hauptziel des Projekts ist es, den Gemeindeverwaltungen zu helfen, ihre Verwaltungskapazitäten, ihre Kompetenzen und ihre Ressourcen in einem schrittweise dezentralisierten System auszubauen. Es geht darum, die Effizienz der Infrastrukturen zu verbessern und diese allen Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen. Die Gemeindebürgerinnen und -bürger müssen vor allem von einer minimalen sozialen Sicherheit profitieren können, gut informiert werden und so die Möglichkeit haben, sich aktiv an der Lokalregierung und am Entwicklungsprozess zu beteiligen. Deshalb

deutlich wurden, betreffen vier Bereiche: die Infrastruktur, die Gemeindeverwaltung, die Sozialdienste mit aktiver Beteiligung der Bevölkerung, und schliesslich die Wirtschaftsentwicklung. Der Schweizer Beitrag will diese Lücken so weit wie möglich schliessen helfen.

Die wichtigsten Teile des Programms sind Aus- und Weiterbildung. So absolvierten rund sechzig Beamte aus den sieben am Projekt beteiligten Gemeinden im letzten September eine einwöchige Ausbildung in der Schweiz, bei der sie in die Prinzipien einer modernen Verwaltung eingeführt wurden. Die Kurse waren nicht auf theoretische Kenntnisse be-

Das Hilfsprogramm für die Gemeinden gilt als Pilotprojekt. Serbische und jugoslawische Regierung werden in das Geschehen miteinbezogen, damit institutionelle, rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen zur Förderung der Gemeindeentwicklung geschaffen werden können. Das Programm wurde im Frühling 2000 eingeleitet und soll bis Anfang 2004 dauern. Dafür wird die DEZA rund 8,5 Millionen Franken einsetzen. Die erhöhte Effizienz der Gemeindestrukturen ist Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, Rechtsstaat und Demokratie in der BRJ.

## DIE GRUNDLAGEN FÜR EINE MODERNE VERWALTUNG SCHAFFEN



Seit die jugoslawischen Behörden im Herbst 2000 an die Macht gekommen sind, haben sie weitgreifende Reformen in Angriff genommen, mit denen namentlich demokratische Regierungsstrukturen ermöglicht werden sollen. Aber es ist illusorisch, ohne effiziente Verwaltung bedeutende Fortschritte zu erwarten. Deshalb hat das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) ein Projekt zur Modernisierung der Verwaltung der BRJ eingeleitet. Die DEZA beteiligt sich mit finanziellen Beiträgen daran.

Als die neue Regierung an die Macht kam, wies der Betrieb der Verwaltung zahlreiche Lücken auf. Die Mentalität, die Methoden und die Verfahren entsprachen überhaupt nicht mehr der heutigen Zeit. Die Beamten hatten keinen Grund zur Leistungssteigerung. Auch die tiefen Löhne steigerten die Arbeitsmotivation nicht: es fehlte an Disziplin und Pünktlichkeit, und aus all

dem resultierte Korruption. Das ist noch heute so und kann nicht von einem Tag auf den anderen geändert werden. Um diese enorme Aufgabe zu bewältigen, muss man auf eine langfristige Entwicklung setzen.

#### Renaissance eines Instituts

Zur Unterstützung von Reformprojekten in mehreren Bereichen hat das UNDP den Capacity Building Fund (CBF) eingerichtet. Die finanzielle Unterstützung dieses Fonds durch die DEZA soll das Institut für öffentliche Verwaltung (IPA) reaktivieren, das 1991 geschlossen wurde. Überwacht wird das Institut vom Rat des öffentlichen Dienstes, einer Expertengruppe der serbischen Regierung.

Das Institut soll ein Referenzzentrum für die Unterstützung von Reformen und ein Hightechzentrum für Ausbildungsprogramme im Bereich Verwal-

tungsführung werden. Ziel ist, auf allen Ebenen der Verwaltung moderne Standards einzuführen. Dazu wird es den Ministerien, Gemeinden und anderen öffentlichen Dienststellen Hilfe bieten, um ihre Aufgaben zu definieren, schlankere Strukturen zu erarbeiten, die menschlichen und finanziellen Ressourcen effizient einzusetzen und die administrativen Verfahren zu vereinfachen. Dies bedingt die Ausbildung von qualifiziertem Personal, an dem es heute sehr mangelt. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen wird es der Verwaltung erlauben, ihre Aufgaben besser zu erledigen und eine Kultur der Ehrlichkeit, Transparenz und Verantwortung aufzubauen.

Die Schweiz ist Mitglied des IPA-Führungsausschusses und unterstützt als einziges Land das Institut. Ihr Beitrag beläuft sich auf rund eine halbe Million Franken.

## BASLER TRAMS IN BELGRAD

«Die Schweiz und die Stadt Basel grüssen Belgrad». Der Slogan ist auf einer Reihe von Trams zu lesen, die durch die serbische Hauptstadt fahren. Die Wagen mit dieser Botschaft kommen aus Basel und stehen heute dank einem Projekt des seco im öffentlichen Verkehrsbetriebe Belgrads im Einsatz. Die Schweiz hat mit diesem Rollmaterial und den nötigen Ersatzteilen zur besseren Qualität und einem erweiterten Fahrplan der öffentlichen Verkehrsmittel Belgrads beigetragen.

Nach zehn Jahren des Embargos hatte Belgrad neue Fahrzeuge für seine Linien dringend nötig. Von ehemals 200 Wagen waren nur noch rund 100 im Einsatz. Um den Mangel teilweise zu beheben, stellte das seco einen Kredit von nahezu drei Millionen Franken bereit, dank dem in mehreren Etappen, von Sommer 2001 bis Frühling 2002, 22 Triebwagen, ein Servicewagen und 21 Passagierwagen geliefert wurden. Diese Occasiontrams sind in ausgezeichnetem Zustand, obwohl sie seit 1967 bereits Tausende von Kilometern durch die Basler Strassen gefahren sind. Sie sind robust und wurden regelmässig gewartet, so dass sie noch eine Lebenserwartung von zehn oder vielleicht gar fünfzehn Jahren haben. Von den ursprünglich 56 Fahrzeugen dieser Serie sind rund 30 nach wie vor in Basel im Einsatz.

Nachdem die Trams per Bahn nach Belgrad gebracht worden waren, wurden sie so schnell in Betrieb genommen, dass sie noch immer die Farben der Stadt am Rhein tragen. Der Übergang bot keine Schwierigkeiten, da beide Städte das gleiche elektrische Schienensystem haben. Nur die Weichen sind anders, so dass einige Änderungen notwendig waren.

**Die Ausbildung sichern**

Im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung war es wichtig, das Personal, das das Rollmaterial betreiben und warten sollte, auszubilden. Die Fahrer wurden bei der Inbetriebnahme geschult. Fünf Personen waren einen Monat lang in Basel, um zu lernen, wie die regelmässige Wartung durchgeführt wird. In einem fünfwöchigen Kurs wurden vier Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe in eingehender technischer Revision instruiert. Für diese Ausbildung waren die Basler Verkehrsbetriebe zuständig.

Zwischen April 2001 und Dezember 2003 werden die Triebwagen in der Belgrader Werkstatt einer technischen Revision unterzogen. Die Stadt Belgrad finanziert die Arbeit und das seco die Ersatzteile und einen Berater.

Dieses innovative Projekt des seco ermöglichte eine beträchtliche Verbesserung des öffentlichen Verkehrs Belgrads und wurde sehr rasch umgesetzt. Und schliesslich hat es eine sentimentale Komponente, welche der Basler Bevölkerung am Herzen liegt: ihre Trams, die durch neue Modelle ersetzt wurden, erleben in Belgrad eine zweite Jugend.

### RÜCKKEHR IN DIE INTERNATIONALEN FINANZINSTITUTIONEN

Nicht zuletzt dank schweizerischer Unterstützung ist die BRJ in die Bretton-Woods-Institutionen zurückgekehrt. Belgrad war seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten im Balkan 1992, die bei der Auflösung des sozialistischen Jugoslawiens entstanden, aus diesen Institutionen ausgeschlossen. Die BRJ ist nun neben Polen, Usbekistan, Turkmenistan, Aserbaidschan, Kirgistan und Tadschikistan Teil der von der Schweiz angeführten Stimmengruppe und erhält dadurch an Gewicht. Bern fühlt gegenüber den Mitgliedsländern dieser allgemein «Helvetistan» genannten Gruppe eine gewisse Verantwortung.

Von November 2000 bis Mai 2001 wurde die BRJ wieder in die UNO, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), den Stabilitätspakt, den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) aufgenommen. Im Europarat erhielt das Land Beobachterstatus und schliesslich wurde es Mitglied der Weltbank (WB).

#### Sehr strenge Konditionen

Die Rückkehr in die Finanzorganisationen war an bestimmte Konditionen geknüpft. So musste die BRJ eine Reihe von Schulden des ehemaligen Jugoslawiens begleichen. Die Schweiz bot ihr Unterstützung bei der Aufarbeitung eines Teils dieser Rückstände an. Unter anderem gewährte sie einen Kredit von 28 Millionen Franken, damit die BRJ der EBRD beitreten konnte. Ferner finanzierte die Schweiz zwei Zwischenkredite. Mit dem ersten, den sie zusammen mit Norwegen gewährte, konnte die BRJ die ausstehenden Zahlungen beim IWF begleichen. Für den zweiten Kredit stellte die Schweiz allein die nötigen Reserven



zur Verfügung, damit Belgrad dem Fonds beitreten konnte. Die beiden Kredite wurden am Tag des Beitritts von Jugoslawien zurückbezahlt.

Dieser komplexe Mechanismus ermöglicht es einem Beitrittskandidaten, in einem ersten Schritt eine Schuld zu begleichen, dem IWF beizutreten und dann als Mitglied einen ersten Kredit zu erhalten. Die Hilfe der Schweiz diente also als Katalysator und ermöglichte der BRJ die Wiedereingliederung in die internationale Gemeinschaft.

#### Investoren anziehen

Für eine Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft braucht ein Land nicht nur Kredite, es muss auch Investitionen anziehen. Durch ihren Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen wurde die BRJ auch Mitglied der Mul-

tilateralen Agentur für Investitions-garantie (MIGA). Diese Organisation, bei der die Schweiz Gründungsmitglied ist, will Finanzströme in Länder mit aufstrebender Wirtschaft fördern, um das Leben der Bevölkerung zu verbessern und die Armut abzubauen.

Die verschiedenen Massnahmen der Schweiz, die der BRJ halfen, ihren Platz in den internationalen Finanzinstitutionen wiederzufinden, beliefen sich auf 42 Millionen Franken. Mit 10 Millionen Franken wurde das jugoslawische Budget ins Gleichgewicht gebracht. Der Wille Belgrads, die von der internationalen Gemeinschaft geforderten Reformen zu Ende zu führen, wurde belohnt, waren doch alle Gläubigerländer bereit, die Schulden in zwei Etappen um 66 Prozent zu reduzieren und dem Land die Zahlung zu erleichtern.

**Tabelle 1**  
**Überblick zur öffentlichen Hilfe der Schweiz 2001**

Nach Definition der OECD ist die **öffentliche Entwicklungshilfe (APD)** die Gesamtheit der finanziellen Zuwendungen:

- Sie stammen von öffentlichen Organen (Bund, Kantone und Gemeinden).
- Sie sind abgestimmt auf die Bedingungen der Begünstigten (Schenkungen oder Darlehen zu günstigen Konditionen).
- Ihr vorrangiges Ziel ist die wirtschaftliche und soziale Entwicklung.
- Sie sind bestimmt für die Länder und Regionen, die auf der OECD-Liste zu finden sind.

Diese Liste enthält 152 Länder und Regionen, die sich "in Entwicklung" befinden; in Europa gehören hierzu Ex-Jugoslawien, Albanien, Moldova und Malta.

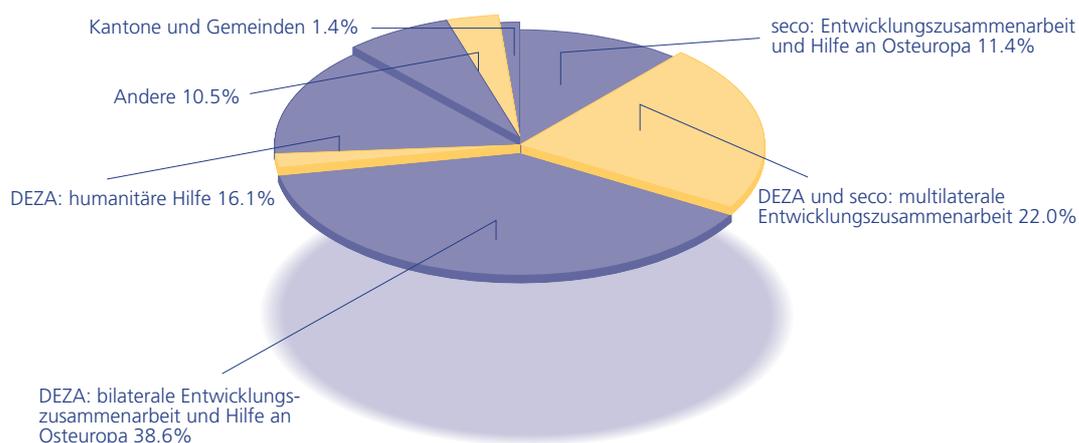
Die **öffentliche Hilfe** orientiert sich an vier gleich bleibenden Kriterien, doch die Länderliste variiert: Es handelt sich um so genannte Übergangsländer, um 12 Länder Zentral- und Osteuropas (mit Russland) und 22 Entwicklungsländer und -regionen, die als "fortgeschrittener" betrachtet werden (darunter befinden sich Gibraltar, Israel, Hong Kong, die Bahamas, Singapur).

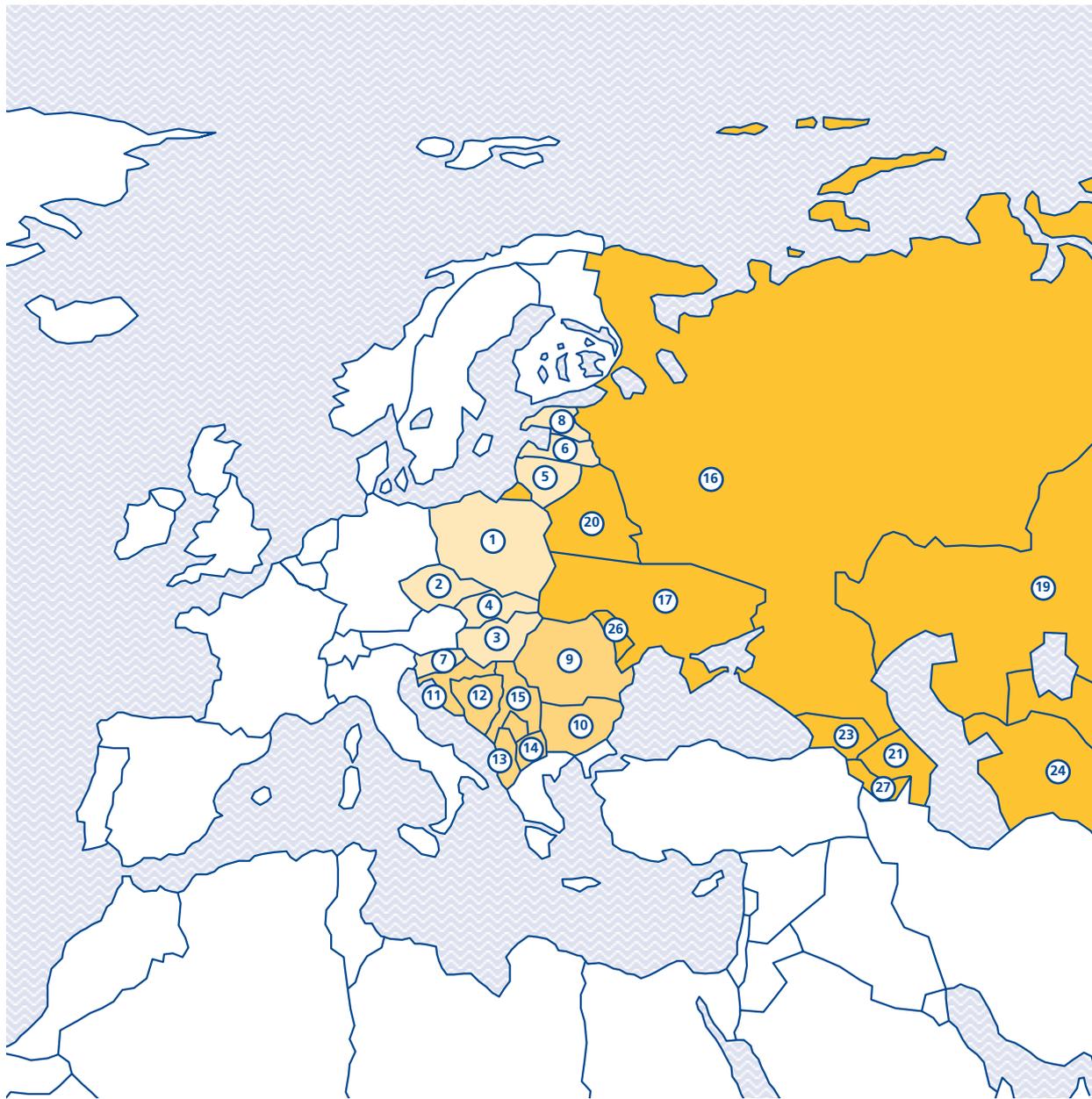
Finanzierungsquellen und Instrumente (Mio Fr.)	2001			2000	
	APD bilateral	APD multilateral	Öffentliche Hilfe	Total	Total
<b>Bund</b>	<b>1'066.3</b>	<b>443.3</b>	<b>95.2</b>	<b>1'604.8</b>	<b>1'579.0</b>
<b>Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)</b>	<b>809.6</b>	<b>364.7</b>	<b>45.8</b>	<b>1'220.1</b>	<b>1'156.6</b>
Humanitäre Hilfe	218.6	27.7	9.4	255.7	262.1
Entwicklungszusammenarbeit <sup>1)</sup>	526.1	337.0	1.7	864.8	817.9
Zusammenarbeit mit Osteuropa	64.9	–	34.7	99.6	76.6
<b>Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)</b>	<b>149.2</b>	<b>25.9</b>	<b>44.0</b>	<b>219.0</b>	<b>247.1</b>
Entwicklungszusammenarbeit	93.7	25.9	–	119.5	129.8
Zusammenarbeit mit Osteuropa	55.5	–	44.0	99.5	117.3
<b>Andere Departemente</b>	<b>107.6</b>	<b>52.7</b>	<b>5.4</b>	<b>165.7</b>	<b>175.3</b>
<b>Kantone und Gemeinden</b>	<b>21.3</b>	<b>–</b>	<b>1.7</b>	<b>23.0</b>	<b>24.2</b>
Humanitäre Hilfe	3.6	–	0.2	3.8	5.2
Entwicklungszusammenarbeit	17.7	–	1.5	19.2	19.0
<b>Total</b>	<b>1'087.6</b>	<b>443.3</b>	<b>96.9</b>	<b>1'627.8</b>	<b>1'603.2</b>
Davon: Humanitäre Hilfe	296.1	27.7	9.6	333.4	346.7
Entwicklungszusammenarbeit	671.1	415.6	8.6	1'095.3	1'062.5
Zusammenarbeit mit Osteuropa	120.4	–	78.7	199.1	194.0
<b>Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)</b>	<b>1'087.6</b>	<b>443.3</b>		<b>1'530.9</b>	<b>1'502.7</b>
BSP				450'597	437'048
APD in % des BSP				0.34 %	0.34 %
<b>Öffentliche Hilfe</b>			<b>96.9</b>	<b>96.9</b>	<b>100.6</b>

<sup>1)</sup>Die multilaterale finanzielle Zusammenarbeit (Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und -fonds) ist eine "gemeinsame Aufgabe der DEZA und des seco" (Art. 8 Absatz 1 der Verordnung betreffend der Entwicklungszusammenarbeit vom 12.12.1977). Die entsprechenden Mittel sind im Budget der DEZA enthalten.

**Grafik 1**  
**Überblick der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2001**

- Bilaterale Zusammenarbeit: 71%
- Multilaterale Zusammenarbeit: 29%





**Tabelle 2**  
Zusammenarbeit mit  
Osteuropa und der GUS  
**Die Partnerländer**

	<b>Bevölkerung 1999</b>	<b>Fläche in 1'000 km<sup>2</sup></b>	<b>Hauptstadt <sup>1)</sup></b>	<b>BVE/Kopf (\$, 1999) <sup>2)</sup></b>	<b>Bevölkerung 1999</b>			
<b>Mitteuropa</b>					<b>Südosteuropa</b>			
1	Polen <sup>3)</sup>	38'654'000	323.3	Warschau	4'070	9	Rumänien	22'457'990
2	Tschechische Republik	10'278'180	78.9	Prag	5'020	10	Bulgarien	8'208'000
3	Ungarn	10'068'000	93.0	Budapest	4'640	11	Kroatien	4'464'000
4	Slowakei	5'396'000	49.0	Bratislava	3'770	12	Bosnien-Herzegowina	3'881'040
5	Litauen	3'699'000	65.2	Vilnius	2'640	13	Albanien	3'375'230
6	Lettland	2'431'100	64.6	Riga	2'430	14	Mazedonien <sup>5)</sup>	2'020'860
7	Slowenien	1'985'500	20.3	Liubljana	10'000	15	B.R. Jugoslawien (inkl. Kosovo) <sup>6)</sup>	10'616'000
8	Estland	1'442'390	45.1	Tallinn	3'400			

<sup>1)</sup>Die Schweiz unterhält in folgenden Städten Koordinationsbüros: Belgrad, Bischkek, Bukarest, Duschanbe, Kiew, Moskau, Pristina, Sarajewo, Skopje, Sofia, Tiflis, Tirana

<sup>2)</sup>Das BVE/Kopf (Brutto-Volkseinkommen) in der Schweiz betrug 1999 \$ 38'380

<sup>3)</sup>Mitglied der schweizerischen Stimmrechtsgruppe bei den Bretton-Woods-Institutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds)

<sup>4)</sup>Mitglied der schweizerischen Stimmrechtsgruppe bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)

<sup>5)</sup>Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

<sup>6)</sup>Angaben von 1998

<sup>7)</sup>Schätzung

Quelle: Weltbank Atlas



Fläche in 1'000 km <sup>2</sup>	Hauptstadt <sup>1)</sup>	BVE/Kopf (\$, 1999) <sup>2)</sup>
238.4	Bukarest	1'470
110.9	Sofia	1'410
56.5	Zagreb	4'530
51.1	Sarajewo	1'210
28.8	Tirana	930
25.7	Skopje	1'660
11'206.0	Belgrad	1'800 <sup>7)</sup>

	Bevölkerung 1999	Fläche in 1'000 km <sup>2</sup>	Hauptstadt <sup>1)</sup>	BVE/Kopf (\$, 1999) <sup>2)</sup>
<b>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)</b>				
16	Russland	146'200'000	Moskau	2'250
17	Ukraine	49'950'000	Kiew	840
18	Usbekistan <sup>3)4)</sup>	24'406'300	Taschkent	720
19	Kasachstan	14'927'000	Almaty	1'250
20	Weissrussland	10'032'000	Minsk	2'620
21	Aserbaidtschan <sup>3)4)</sup>	7'983'000	Baku	460
22	Tadschikistan <sup>3)</sup>	6'237'000	Duschanbe	280
23	Georgien	5'452'000	Tiflis	620
24	Turkmenistan <sup>3)4)</sup>	4'779'330	Aschkhabad	670
25	Kirgisistan <sup>3)4)</sup>	4'864'600	Bischkek	300
26	Moldova	4'281'020	Chisinau	410
27	Armenien	3'808'860	Jerevan	490

**Tabelle 3**

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS  
**Verpflichtungen per Ende 2001 und Auszahlungen 2001 nach Instrumenten (1., 2. und 3. Rahmenkredit)**

	Verpflichtungen per Ende 2001 Mio Fr.	Auszahlungen 2001 Mio Fr.
<b>Instrumente</b>		
Technische Zusammenarbeit	873.8	99.6
Finanzielle Zusammenarbeit <sup>1)</sup>		
Finanzierungszuschüsse	876.9	57.3
Kreditgarantien <sup>2)</sup>	480.0	1.0
Zahlungsbilanzhilfen/Entschuldungsmassnahmen	28.3	10.0
Handels- und Investitionsförderung	168.4	23.8
<b>Total</b>	<b>2'427.4</b>	<b>191.7</b>

<sup>1)</sup>Ohne Durchführungs- und Verwaltungskosten  
<sup>2)</sup>Kreditgarantien werden nur im Schadenfall ausgabenwirksam

**1. Technische Zusammenarbeit**

Technische Zusammenarbeit soll Eigeninitiative und Fähigkeiten in den Reformländern mobilisieren. Im Rahmen von inhaltlich, zeitlich und finanziell genau definierten Projekten werden dem Empfängerland qualifizierte Experten zur Verfügung gestellt, die wirtschaftliches, organisatorisches, wissenschaftliches, technisches oder kulturelles Fachwissen vermitteln und bei der Planung und Durchführung bestimmter Arbeiten mitwirken. Technische Zusammenarbeit umfasst demnach Beratung, Ausbildung und damit zusammenhängende Sachleistungen und andere Projektkosten. Die nicht rückzahlbaren Projekte werden im Sinne einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit gemeinsam mit dem begünstigten Land realisiert.

**2. Finanzielle Zusammenarbeit**

**• Finanzierungszuschüsse**

Mit Finanzierungszuschüssen werden vordringliche Projekte unterstützt, die kommerziell nicht finanzierbar sind und für die in der Schweiz ein technisch und preislich günstiges Angebot besteht. Finanzierungszuschüsse müssen nicht zurückbezahlt werden. Die bisher finanzierten Projekte konzentrieren sich auf die Bereiche Umwelt, Energie, Gesundheitswesen und Infrastruktur. Die Unterstützung erfolgt mittels bilateraler Projekte oder durch Kofinanzierungen mit internationalen Institutionen wie der Weltbank oder der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD).

**• Kreditgarantien**

Kreditgarantien aus den Osteuropa-Rahmenkrediten kommen in jenen Ländern zum Tragen, in denen die schweizerische Exportrisikogarantie nicht

oder nur teilweise verfügbar ist. Die Kreditgarantien ermöglichen es diesen Ländern, Investitionsgüter zu importieren, die für ihre wirtschaftliche Entwicklung zentral sind.

**• Zahlungsbilanzhilfen/ Entschuldungsmassnahmen**

Die Schweiz beteiligte sich seit 1990 mehrmals an international abgestimmten Zahlungsbilanzhilfen und Entschuldungsaktionen (z. B. in Form von Debt for Nature Swaps) für mittel- und osteuropäische Länder. Die Gründe: In fast allen Ländern haben die Kosten des Systemwechsels und der zum Teil grosse Schuldendienst zu einer Devisenknappheit geführt. In einzelnen Ländern hat die Verschuldung ein Ausmass angenommen, das den wirtschaftlichen Transformationsprozess hemmt oder gefährdet.

**• Handels- und Investitionsförderung**

Die Handelsförderung verfolgt das Ziel, die Exportwirtschaft der osteuropäischen Staaten zu stärken und ihnen dadurch eine bessere Beteiligung am Welthandel zu ermöglichen. Spezialisierte Institutionen wie die schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC) oder das Internationale Handelszentrum (ITC) in Genf führen konkrete Aktionen durch, z. B. zur Verbesserung der Produktequalität oder des Exportmarketings.

Den Privatinvestitionen kommt im wirtschaftlichen Reformprozess eine zentrale Bedeutung zu. Die Schweiz fördert über verschiedene nationale und internationale Institutionen gezielt die privaten Direktinvestitionen (z. B. durch Kontaktvermittlung und Vorinvestitionsstudien).

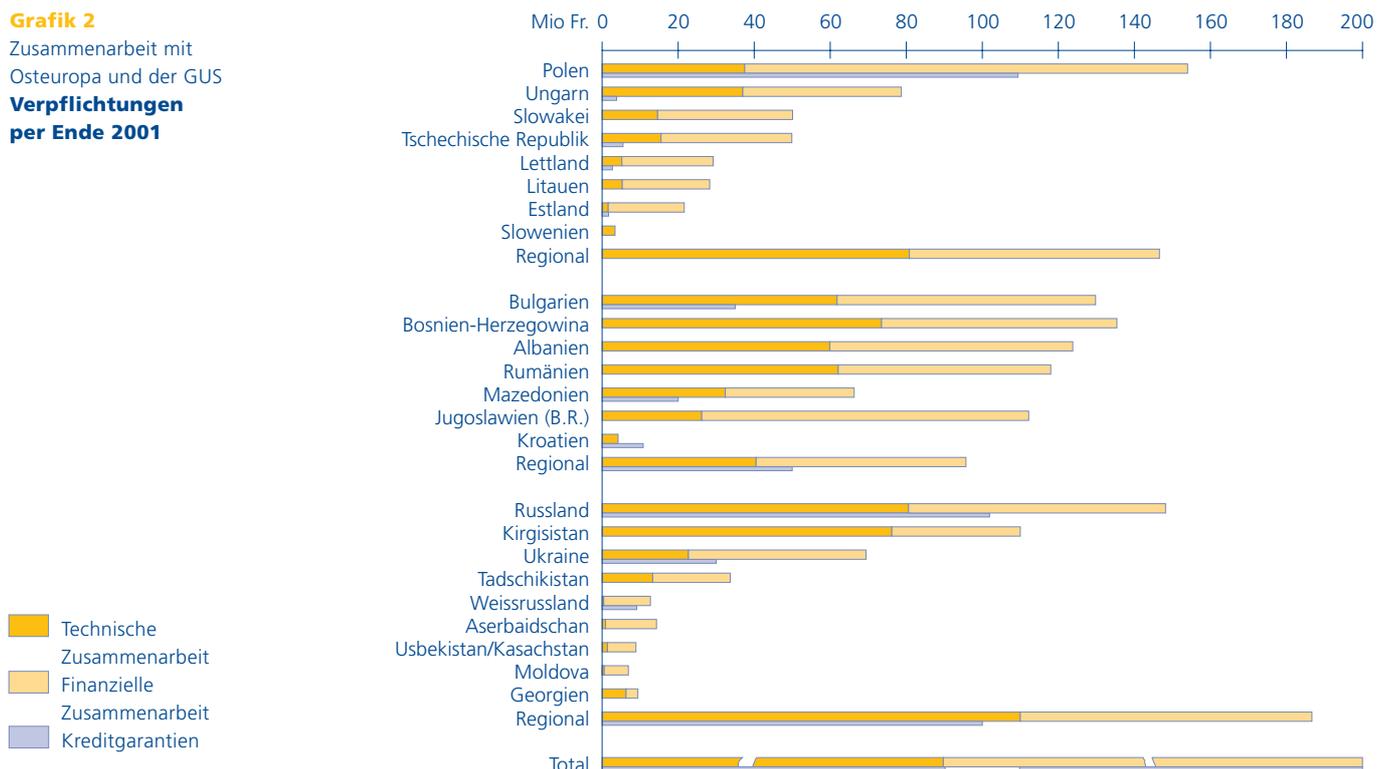
**Tabelle 4**

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS  
**Verpflichtungen per Ende 2001 nach Ländern (1., 2. und 3. Rahmenkredit)**

	Technische Zusammenarbeit		Finanzielle Zusammenarbeit (ohne Kreditgarantien)		Kreditgarantien	
	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%
<b>Mitteuropa</b>	<b>201.0</b>	<b>23</b>	<b>360.9</b>	<b>34</b>	<b>123.1</b>	<b>26</b>
Polen	37.5	4	116.5	11	109.4	23
Ungarn	37.0	4	41.7	4	3.8	1
Slowakei	14.6	2	35.5	3	–	–
Tschechische Republik	15.5	2	34.4	3	5.5	1
Lettland	5.2	1	24.0	2	2.7	1
Litauen	5.3	1	23.0	2	–	–
Estland	1.6	–	20.0	2	1.7	–
Slowenien	3.4	–	–	–	–	–
Regional	80.8	9	65.8	6	–	–
<b>Südosteuropa</b>	<b>360.7</b>	<b>41</b>	<b>424.8</b>	<b>40</b>	<b>115.8</b>	<b>24</b>
Bulgarien	61.8	7	68.0	6	35.0	7
Bosnien-Herzegowina	73.5	8	61.9	6	–	–
Albanien	59.9	7	63.9	6	–	–
Rumänien	62.1	7	55.9	5	–	–
Mazedonien	32.4	4	33.9	3	20.0	4
Jugoslawien (B.R.)	26.2	3	86.0	8	–	–
Kroatien	4.2	–	–	–	10.8	2
Regional	40.5	5	55.2	5	50.0	10
<b>GUS</b>	<b>312.2</b>	<b>36</b>	<b>287.9</b>	<b>27</b>	<b>241.0</b>	<b>50</b>
Russland	80.6	9	67.6	6	101.9	21
Kirgisistan	76.2	9	33.8	3	–	–
Ukraine	22.7	3	46.7	4	30.0	6
Tadschikistan	13.3	2	20.4	2	–	–
Weissrussland	0.4	–	12.3	1	9.1	2
Aserbaidshan	0.9	–	13.4	1	–	–
Uzbekistan/Kasachstan	1.4	–	7.5	1	–	–
Moldova	0.5	–	6.4	1	–	–
Georgien	6.3	1	3.1	–	–	–
Regional	110.0	13	76.7	7	100.0	21
<b>Total</b>	<b>873.8</b>	<b>100</b>	<b>1'073.6</b>	<b>100</b>	<b>479.9</b>	<b>100</b>

**Grafik 2**

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS  
**Verpflichtungen per Ende 2001**



**Tabelle 5**

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

**Sektorielle Aufteilung der Verpflichtungen per Ende 2001 (1., 2. und 3. Rahmenkredit)**

	per Ende 2001	
	Mio Fr.	%
<b>Technische Zusammenarbeit</b>		
Politik und Staatsaufbau	256.5	29
Wirtschaft/Bildung	134.0	15
Wissenschaft/Kultur	121.6	14
Landwirtschaft	114.7	13
Gesundheit/Soziales	123.1	14
Energie/Umwelt	102.0	12
Diverse Bereiche	22.1	3
<b>Total</b>	<b>873.8</b>	<b>100</b>
<b>Finanzierungszuschüsse</b>		
Umwelt	298.2	34
Energie	184.2	21
Gesundheitswesen	131.6	15
Infrastruktur (Kataster, Metrologie)	61.4	7
Telekommunikation	43.9	5
Bankwesen	52.6	6
Transport	26.3	3
Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte	17.5	2
Diverse Bereiche	61.2	7
<b>Total</b>	<b>876.9</b>	<b>100</b>

**Tabelle 6**

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS

**Kreditgarantien/ Sektorielle Aufteilung der Verpflichtungen**

	per Ende 2001	
	Mio Fr.	%
<b>Maximal verfügbare Garantiesumme</b>	<b>480.0</b>	<b>163</b>
Bewilligte Gesuche bis 31.12.01:		
Maschinenindustrie	131.3	45
Energie	32.2	11
Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte	32.0	11
Textilindustrie	26.6	9
Chemische Industrie	27.2	9
Telekommunikation	17.7	6
Diverse Bereiche	26.8	9
<b>Total</b>	<b>293.7</b>	<b>100</b>

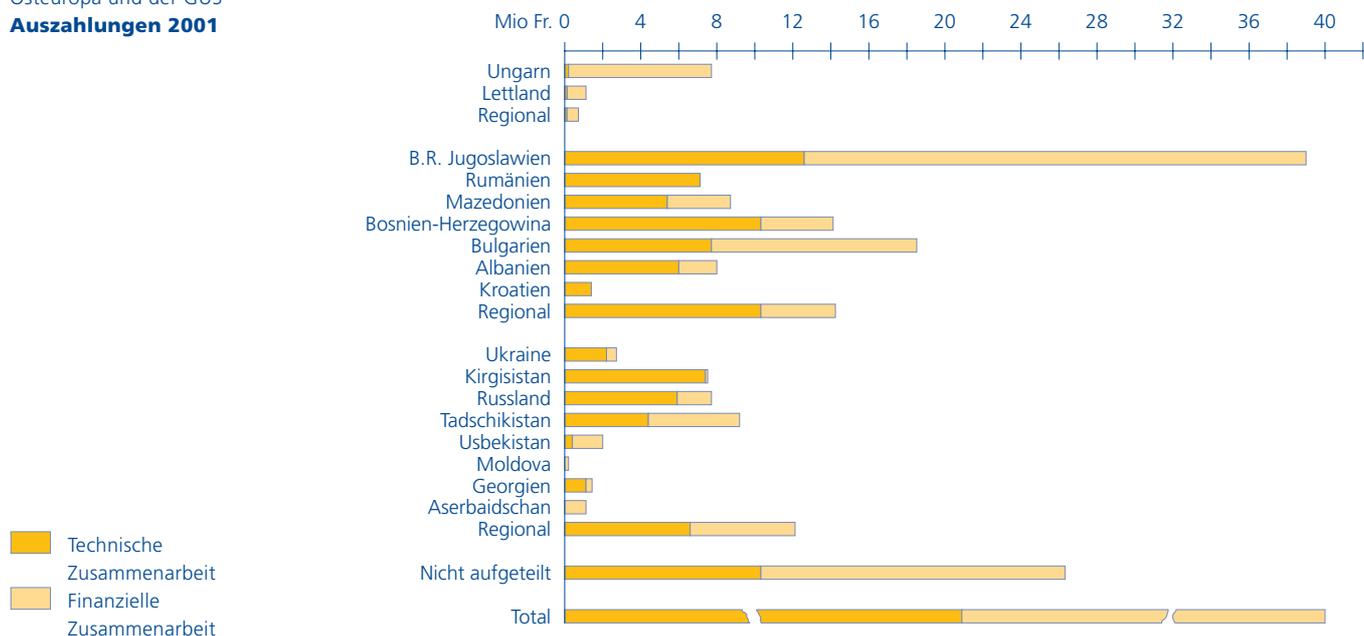
**Tabelle 7**

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS  
**Auszahlungen 2001 nach Ländern**

	Technische Zusammenarbeit		Finanzielle Zusammenarbeit ohne Kreditgarantien	
	Mio Fr.	%	Mio Fr.	%
<b>Mitteuropa</b>	<b>0.4</b>		<b>9.1</b>	<b>10</b>
Ungarn	0.2		7.5	8
Lettland	0.1		1.0	1
Regional	0.1		0.6	1
<b>Südosteuropa</b>	<b>60.8</b>	<b>64</b>	<b>50.1</b>	<b>55</b>
B.R. Jugoslawien (Serbien, inkl. Kosovo, Montenegro)	12.6	12	26.4	29
Rumänien	7.1	7	–	
Mazedonien	5.4	5	3.3	4
Bosnien-Herzegowina	10.3	10	3.8	4
Bulgarien	7.7	7	10.8	12
Albanien	6.0	6	2.0	2
Kroatien	1.4	1	–	
Regional	10.3	17	3.9	4
<b>GUS</b>	<b>28.1</b>	<b>26</b>	<b>15.8</b>	<b>17</b>
Ukraine	2.2	2	0.5	1
Kirgisistan	7.4	7	0.1	
Russland	5.9	5	1.8	2
Tadschikistan	4.4	4	4.8	5
Uzbekistan	0.4		1.6	2
Moldova	–		0.2	
Georgien	1.1	1	0.3	
Aserbaidshjan	–		1.1	1
Regional	6.6	6	5.5	6
<b>Geografisch nicht aufgeteilt</b>	<b>10.3</b>	<b>10</b>	<b>16.0</b>	<b>18</b>
<b>Total</b>	<b>99.6</b>	<b>100</b>	<b>91.1</b>	<b>100</b>

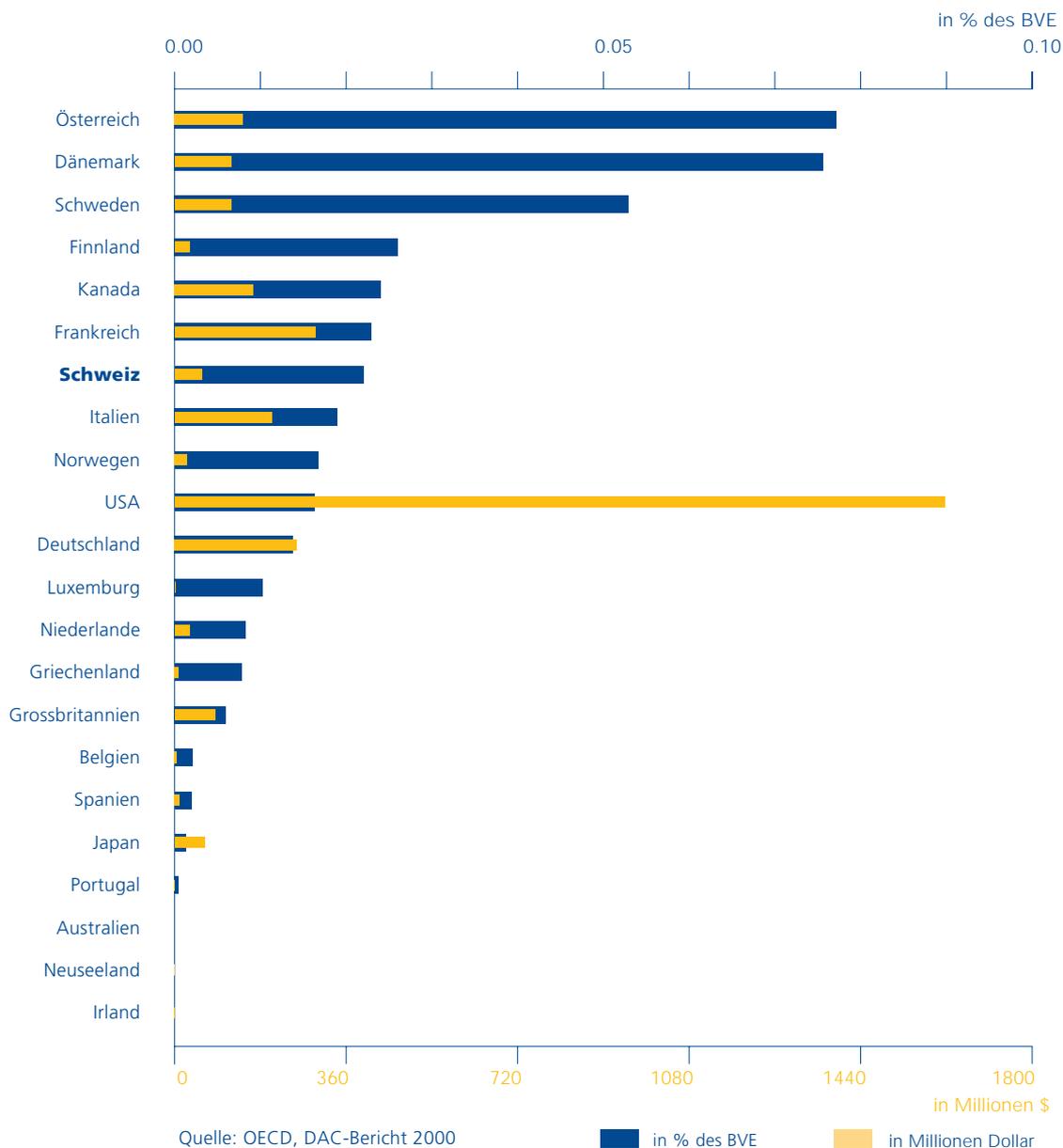
**Grafik 3**

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS  
**Auszahlungen 2001**



**Grafik 4**

Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS  
**Unterstützung zugunsten der Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der GUS 2000 Mitgliederländer des Entwicklungshilfekomitees der OECD (DAC)**



**Die Schweiz handelt mit der internationalen Staatengemeinschaft**

Die Schweiz ist unter anderem Mitglied des Europarates, der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und der World Trade Organisation (WTO).

An der 1991 für die Unterstützung Osteuropas gegründeten Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) beteiligt sich die Schweiz mit rund 400 Mio. Franken oder 2.3% des Aktienkapitals.

Ferner ist die Schweiz Mitglied des Internationalen Währungsfonds (IMF), der Weltbank (IBRD), der G-24 (Gruppe der 24 westlichen Industrieländer für die Koordination der Zusammenarbeit mit Osteuropa) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Schweiz koordiniert ihre Aktionen zugunsten der Reformländer laufend mit all diesen Organisationen. Sie führt auch gemeinsam mit diesen Organisationen Projekte durch, z. B. mittels Kofinanzierungen.

**Herausgeber**

Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit (DEZA),  
Eidg. Departement für  
auswärtige Angelegenheiten (EDA),  
3003 Bern  
Tel.: 031 322 44 12  
Fax: 031 324 13 48  
Internet: [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch)  
E-mail: [info@deza.admin.ch](mailto:info@deza.admin.ch)

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco),  
Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD),  
3003 Bern  
Tel: 031 322 56 56  
Fax: 031 322 56 00  
Internet: [www.seco.admin.ch](http://www.seco.admin.ch)  
E-mail: [info@seco.admin.ch](mailto:info@seco.admin.ch)

**Gestaltung**

Etter Grafik + Co, Zürich

**Text**

Ariane Geiser, Neuenburg

**Statistiken**

Christiane Sollberger, DEZA  
Catherine Graf Lutz, DEZA

**Redaktion/Koordination**

Catherine Vuffray, DEZA

**Fotos**

Fritz Berger (Umschlag, S. 5)  
Keystone/Michel Euler STF (Umschlag, S. 1)  
Seco/Martin Häfliger (Umschlag, S. 7)  
Keystone/Srdjan Ilic STF (S. 2)  
Keystone/Hidajet Delic STR (S. 3)  
Keystone STR (S. 4)  
Ciric/Ph. Glorieux (S. 6)  
Keystone/Andrej Isakovic STR (S. 8)

70'585

ISBN 3-03798-019-2



DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT DEZA  
DIRECTION DU DÉVELOPPEMENT ET DE LA COOPÉRATION DDC  
DIREZIONE DELLO SVILUPPO E DELLA COOPERAZIONE DSC  
SWISS AGENCY FOR DEVELOPMENT AND COOPERATION SDC  
AGENCIA SUIZA PARA EL DESARROLLO Y LA COOPERACIÓN COSUDE

Staatssekretariat für Wirtschaft  
Secrétariat d'Etat à l'économie  
Segretariato di Stato dell'economia  
State Secretariat for Economic Affairs



2001



JAHRESBERICHT

D

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT DER SCHWEIZ



HUMANITÄRE HILFE

## Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz

**Die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz** beläuft sich auf rund 1,5 Milliarden Franken pro Jahr, das sind ungefähr 0,34 Prozent des Bruttosozialprodukts oder täglich 58 Rappen pro Einwohner. Sie umfasst alle vom Bund, den Kantonen und Gemeinden für die Entwicklungsländer, die internationalen Institutionen und Nicht-Regierungsorganisationen zu Vorzugsbedingungen bereitgestellten Mittel.

Welches sind ihre konkreten **Ziele**? Im Bundesgesetz vom 19. März 1976 über die Entwicklungszusammenarbeit und die internationale humanitäre Hilfe wird festgehalten: «Sie unterstützt die Entwicklungsländer im Bestreben, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern. Sie soll dazu beitragen, dass diese Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft vorantreiben.»

Im März 1994 definierte der Bundesrat in seinem Bericht zu den Nord-Süd-Beziehungen der Schweiz in den 90er Jahren das Leitbild der **Entwicklungspolitik**. Daraus gingen vier Hauptthemen hervor: Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit, Förderung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat; Förderung der Wohlfahrt und bessere Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum; Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit namentlich für die Frauen; und schliesslich Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Auf eidgenössischer Ebene sind zwei Bundesämter für Konzept und Umsetzung der Entwicklungshilfe zuständig: die **Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)**, die zum Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gehört, und das **Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)** im Volkswirtschaftsdepartement (EVD). Ihre wichtigsten Instrumente sind technische Zusammenarbeit, Finanzhilfe, Wirtschafts- und

Handelsmassnahmen sowie humanitäre Hilfe. Die DEZA koordiniert die Aktionen.

Die **DEZA** umfasst vier Bereiche: Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit, multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und technische Zusammenarbeit mit Osteuropa. Sie erbringt ihre Leistungen mit einem Jahresbudget von ungefähr 1,3 Milliarde Franken und über 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland durch direkte Aktionen, Unterstützung von Programmen multilateraler Organisationen, durch Mitfinanzierungen und Beiträge an Programme schweizerischer und internationaler Hilfswerke.

Ziel der **Entwicklungszusammenarbeit** ist die Armutsbekämpfung im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe. Sie fördert namentlich die wirtschaftliche und staatliche Eigenständigkeit, trägt zur Verbesserung der Produktionsbedingungen bei, hilft bei der Bewältigung von Umweltproblemen und sorgt für besseren Zugang zur Bildung und gesundheitlichen Grundversorgung der am meisten benachteiligten Bevölkerung.

Leben retten und Leiden lindern ist der Auftrag der **Humanitären Hilfe** des Bundes. Sie leistet nach Naturkatastrophen und bei bewaffneten Konflikten direkte Hilfe durch Einsätze des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) und unterstützt humanitäre Partnerorganisationen.

Die **Länder Osteuropas** und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) unterstützt die DEZA auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft mit Wissenstransfer und Beiträgen zu Problemlösungen.

Während die humanitäre Hilfe bedarfsbezogen dort geleistet wird, wo sie am notwendigsten ist, konzentriert

sich die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf 17 Schwerpunktländer und -regionen sowie vier Länder mit Spezialprogrammen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Die technische Zusammenarbeit mit Osteuropa konzentriert sich auf zehn Länder in Südosteuropa und der GUS. Multilateral arbeitet die DEZA insbesondere mit den Organisationen des UNO-Systems, der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zusammen. Gesamthaft sind rund tausend mehrjährige Programme und Projekte in Arbeit.

Das **Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)** seinerseits definiert die Wirtschafts- und Handelsmassnahmen der Entwicklungszusammenarbeit: Mischkredite, an denen sich sowohl der Bund wie die Schweizer Banken beteiligen, Zahlungsbilanzhilfen, Anstrengungen für die Handelsförderung und, in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft, Aktionen im Bereich Basisprodukte. Ein wesentlicher Teil dieser Massnahmen ist für die Länder Osteuropas und der GUS vorgesehen. Das seco ist ausserdem der Hauptakteur in der Entschuldungsstrategie, welche für die am stärksten verschuldeten Länder ausgearbeitet wurde.



## INHALT

HUMANITÄRE HILFE

- 2 EDITORIAL**  
Die Hilfe den neuen Gegebenheiten anpassen

### **DAS ERDBEBEN IN GUJARAT: NOTHILFE UND ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT**

- 4 RETTEN**  
Schnell handeln, um Leben zu retten

- 5 LINDERN**  
Die Überlebenshilfe

- 6 WIEDERAUFBAUEN**  
Wieder normale Lebensbedingungen schaffen

- 7 ENTWICKELN**  
Eine nachhaltige Entwicklung sicherstellen

- 9 STATISTISCHER TEIL**  
Tabellen und Grafiken

## DIE HILFE DEN NEUEN GEGEBENHEITEN ANPASSEN

2001 war ein entscheidendes Jahr. Auf internationaler Ebene brachte es Umwälzungen, deren längerfristige Folgen noch nicht abzuschätzen sind. Der Konflikt in Afghanistan erforderte eine Verstärkung des Engagements der DEZA in diesem Land, um der grösstenteils vollständig verarmten Bevölkerung Hilfe zu bringen. So wurde Überlebenshilfe auf dem Land- und Luftweg in die Kriegsgebiete gebracht. Der Bundesrat bewilligte für 2001 einen Zusatzkredit, so dass sich die humanitäre Hilfe der Schweiz in Afghanistan schliesslich auf 17,5 Millionen Franken belief. Mit diesen Geldmitteln wurden die Programme des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), der UNO und von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) unterstützt.

Art und Weise des schweizerischen humanitären Engagements illustrierte, warum eine Namensänderung des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) in Schweizerisches Korps für humanitäre Hilfe (ebenfalls SKH) notwendig war: der alte Name war zu eng gefasst. Der Begriff «Katastrophe» wird im internationalen Sprachgebrauch besonders auf Natur- und technologische Katastrophen bezogen und weniger auf Konflikte und Krisen. Gleichzeitig mit der Änderung des Namens gab es auch eine Änderung in der Richtung. Nach zwölf





Jahren im Dienst der humanitären Sache trat Charles Raedersdorf in den Ruhestand. Sein Nachfolger als Leiter der Sparte Humanitäre Hilfe und SKH wurde Toni Frisch.

### Die Einsatzkriterien

Um die Nothilfe zu optimieren, welche Bund und Kantone im Ausland leisten, gab der Bundesrat im Oktober eine neue Verordnung heraus. Darin werden die Befugnisse der verschiedenen Partner präzisiert und grundsätzliche Prinzipien festgelegt. So kann keine Hilfe ohne Gesuch von Seiten des betroffenen Staats oder einer internationalen Organisation geleistet werden, und auch dann nur, wenn das Angebot der Schweiz angenommen wird. Die Schweizer Hilfe ist immer neutral. Im Prinzip wird sie kostenlos geleistet. Für die Einsätze stehen das SKH, die zivilen Ressourcen der Kantone und Gemeinden und subsidiär die Armee zur Verfügung.

Die schon seit langem gültigen Einsatzmodalitäten wurden nun noch genauer definiert. Die Schweiz kann auf eine Rettungskette zählen, die in wenigen Stunden einsatzbereit ist. Rund hundert Fachleute, 18 Katastrophenhunde und 16 Tonnen Material stehen stets für Soforteinsätze bereit. So kann die Rettungskette ihre Arbeit vor Ort ohne Verzug aufnehmen. Ihre sehr kurzen, maximal einwöchigen Missionen bestehen aus Rettungsarbeiten und der Abklärung der Bedürfnisse für die Fortführung der Operationen.

### Schnelles und effizientes Engagement

Das Schweizer Engagement nach dem Erdbeben vom 26. Januar 2001 in Gujarat illustriert die Effizienz der Kette. Dank schnellem Eingreifen und schon vorhandener Kenntnis des Terrains konnte den Opfern rasch Hilfe geleistet werden. Anschliessend wurde der Wiederaufbau in Angriff genommen. Der Rahmen des Einsatzes wurde von den indischen Behörden definiert.

Das ausserordentlich starke Erdbeben (7,9 auf der Richterskala) hatte verheerende Folgen: es forderte nahezu 50 000 Tote, 200 000 Verletzte und eine halbe Million Obdachlose. Laut verschiedenen Schätzungen waren 35 Millionen Personen von dieser Katastrophe betroffen, der schlimmsten seit Indien 1947 die Unabhängigkeit erlangte. Im ganzen Bundesstaat gab es zahllose Schäden: zerstörte Gebäude, Bodenabsenkungen, die Unterbrüche in der Wasser- und Stromversorgung zur Folge hatten und das Eisenbahnnetz lahm legten. Zahlreiche Dörfer, wie auch Bhuj, die grösste Stadt des Kutch und Epizentrum des Bebens, wurden fast vollständig zerstört.

Die Artikel in diesem Bericht illustrieren die Einsatzetappen, von der Nothilfe, die bereits wenige Stunden nach dem Erdbeben anlieft, bis zur Entwicklungszusammenarbeit. Sie zeigen namentlich die Bedeutung der Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen auf. Der indische Bundesstaat Gujarat ist seit langem eine Schwerpunktregion der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit. Dank dieser Präsenz konnte ein grosses Netz von Partnern aufgebaut werden, die sofort einsatzbereit waren. Dies ermöglichte einen optimalen Schweizer Einsatz.

Walter Fust  
Botschafter  
Direktor der Deza

## SCHNELL HANDELN, UM LEBEN ZU RETTEN

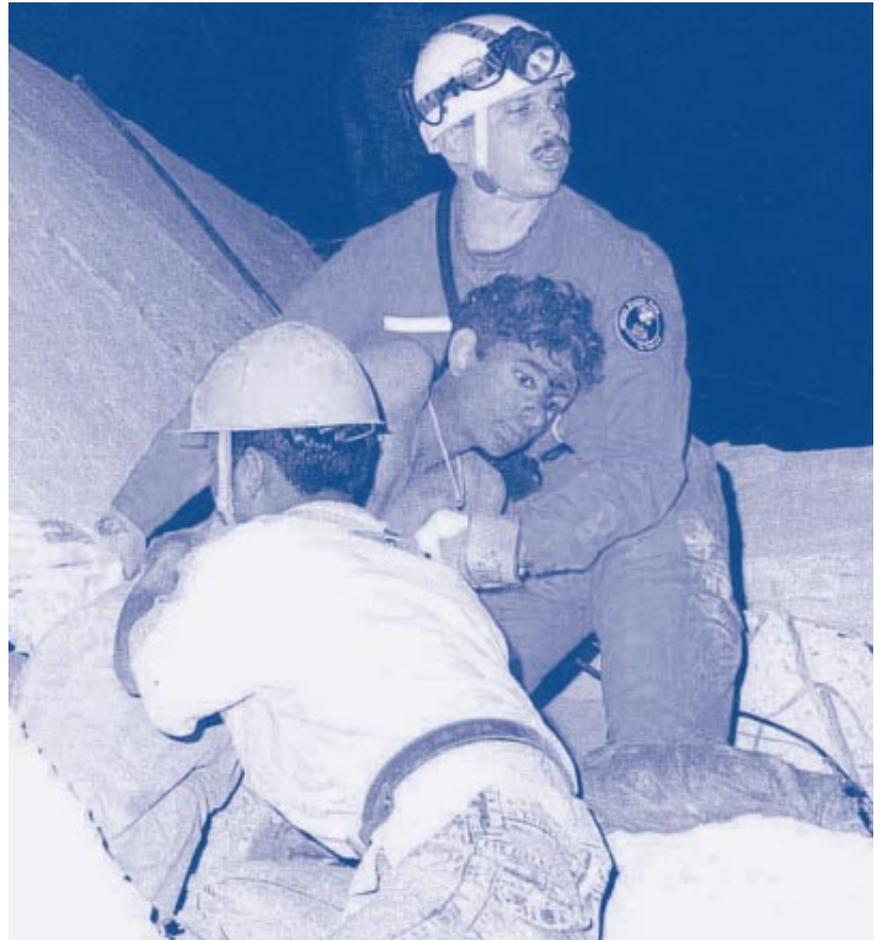
Die ersten Stunden nach einem Erdbeben wie jenem im indischen Bundesstaat Gujarat sind entscheidend für das Überleben der Menschen, die in den Trümmern verschüttet sind. Die Rettungskette Schweiz war sich dieses Wettlaufs gegen die Zeit bewusst, bereitete den Einsatz unverzüglich vor und war als erstes ausländisches Team vor Ort. Die Rettungskette ist darauf spezialisiert, Verschüttete zu orten und zu bergen sowie ihnen erste Hilfe zu leisten. Sie ist 8 bis 12 Stunden nach dem Einsatzbeschluss zur Abreise bereit und kann vor Ort bis zu sieben Tagen autonom arbeiten.

Noch am Abend des Erdbebens wurden vier Angehörige des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe der DEZA in das Katastrophengebiet entsandt, um die Bedürfnisse abzuklären und den Einsatz vorzubereiten. Weniger als 24 Stunden später trafen 48 Schweizer Mitglieder des Rettungsteams, neun Hunde und zehn Tonnen Material in Ahmedabad ein, einer der am stärksten betroffenen Städte. Mit ihrer Hilfe konnten in verschiedenen Gegenden von Gujarat mehrere Personen lebend aus den Trümmern geborgen werden.

Nach vier Tagen ununterbrochener Arbeit war der Einsatz des Schweizer Teams beendet. Für diese erste Etappe wurde ein doppeltes Ziel angestrebt: möglichst viele Menschenleben retten und das Hilfsmaterial des Schweizerischen Roten Kreuzes transportieren, das zur Deckung der dringendsten Bedürfnisse vor Ort dienen sollte.

### Vorbereitung und Koordination

Das Engagement war minutiös vorbereitet. Vorbedingung für jeden Einsatz ist, dass das von der Katastrophe betroffene Land das Schweizer Hilfsan-



gebot annimmt. Die indische Regierung tat dies sehr schnell. Um den Einsatz so effizient wie möglich durchzuführen, stand die DEZA in ständigem Kontakt mit den Botschaften und den DEZA-Koordinationsbüros in Indien und Pakistan. Dadurch konnten die Bedürfnisse genau evaluiert werden. Zudem arbeitete die Schweiz in Absprache mit anderen internationalen Einsatzteams, in diesem Fall mit der UNO und Partnerländern wie Deutschland, Österreich und Russland.

Der Erfolg des Schweizer Rettungseinsatzes beruhte auch auf dem ausgedehnten Netz lokaler Partner, das während der langjährigen Präsenz der

DEZA in Indien aufgebaut wurde. Dank dieser wertvollen Kontakte konnte der Einsatz mit einem Maximum an Effizienz durchgeführt werden, insbesondere weil die Schäden schnell lokalisiert und die Transporte der Korpsangehörigen effizient organisiert werden konnten.

Gleichzeitig mit den Rettungsoperationen wurden die ersten Massnahmen zur Organisation der kurz- und mittelfristigen humanitären Hilfe ergriffen. Zur Abklärung der Bedürfnisse blieben zwei Fachleute vor Ort. Die Vertreter des DEZA-Koordinationsbüros in Indien standen ihnen dabei zur Seite.

## DIE ÜBERLEBENSHILFE

Dem Rettungseinsatz folgte eine Phase der Not- und Überlebenshilfe. Auch hier musste gehandelt werden, ohne Zeit zu verlieren, da die Opfer alles verloren hatten. Die DEZA musste so schnell wie möglich den Umfang der Hilfe bestimmen. Nach einem solchen Erdbeben sind die Bedürfnisse enorm: für die Bevölkerung müssen Lebensmittel und Trinkwasser geliefert, Unterkünfte erstellt und die medizinische Versorgung gewährleistet werden.

Für die Überlebenden einer solchen Katastrophe wird die Situation von Tag zu Tag schwieriger. Eine schnelle Hilfe trägt auch zur Verminderung des Epidemierisikos bei. So wurden den Familien rasch Überlebenspakete mit Küchenutensilien, Decken, Kleidern, Medikamenten gegen Durchfallerkrankungen, Chlortabletten, Seife und Waschpulver sowie Kerzen und Öllampen verteilt. Den Obdachlosen wurden provisorische Unterkünfte zur Verfügung gestellt.

**Partnerschaft mit lokalen NGOs**

Ein Baufachmann des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) stiess zur Gruppe der Schweizer Fachleute, die zuerst für die Nothilfemassnahmen und danach für den Wiederaufbau verantwortlich waren. Um ihre Hilfe optimal zu gestalten, stützte sich die DEZA auf zahlreiche indische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und auf Netzwerke, die sie seit vielen Jahren selber aufgebaut und unterhalten hat.

Dank Janvikas und Navsarjan – zwei NGOs, mit denen die DEZA im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit seit langem verbunden ist – funktionierte Planung und Verteilung der Hilfsgüter in den betroffenen Dörfern des Kutch und anderer Distrikte ohne



Verzug. Janvikas und Navsarjan gehören in Kutch mit 11 anderen NGOs zum «Kutch Navnirman Abhiyan», einem Netzwerk, das die Hilfe koordinierte und die Transporte organisierte. In Notsituationen ist eine logistische Basis unabdingbar, die dafür sorgt, dass die Hilfe die Menschen, die sie am nötigsten haben, sofort erreicht.

Auf der Ebene des Bundesstaats Gujarat spielte die «Janpath Citizen's Initiative» eine wichtige Rolle. Dieser Dachorganisation sind über 200 NGOs angeschlossen, wozu auch die oben erwähnten gehören. Dieses weite Netz, das in direktem Kontakt mit der indischen Regierung steht, richtete namentlich eine Verteilkette ein. So konnten über diesen Kanal nahezu 20 000 Familien, oder rund 100 000 Personen, die nötigsten Artikel verteilt werden (Notunterkünfte, Getreide, Plastikplanen, Decken und medizinisches Material).

**Die Randgebiete**

Dank der umfangreichen internationalen Hilfe, und weil die landwirtschaftlichen Aktivitäten einigermaßen verschont blieben, konnten grössere Ernährungsprobleme vermieden werden. In Bhuj konnte man an Strassenständen bereits zwei Wochen nach der Katastrophe wieder Lebensmittel und Trinkwasser kaufen. Die weiter von den städtischen Zentren entfernten Dörfer verspürten die Folgen des Erdbebens aber länger. Als die Evaluationen zeigten, dass die Bedürfnisse an Nothilfe gedeckt waren, konnte man zur zweiten Etappe, dem Wiederaufbau, übergehen.

## WIEDER NORMALE LEBENSBEDINGUNGEN SCHAFFEN



Die Opfer von Katastrophen können nicht lange unter prekären Umständen in behelfsmässigen Unterkünften leben, auch wenn ihre lebenswichtigen Bedürfnisse damit vorerst erfüllt sind. Mittelfristig muss man ihnen wieder normale Lebensumstände ermöglichen. Aus diesem Grund leistet die Schweiz vor allem den benachteiligten Bevölkerungsgruppen Unterstützung.

In der Wiederaufbauphase bis Ende 2001 hat die DEZA einen Schweizer Wiederaufbaufonds in Höhe von einer Million Franken geöfnet. Während dieser dritten Phase konzentrierte sie ihre Aktivitäten auf den am stärksten heimgesuchten Distrikt Kutch. Die Projekte wurden immer in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Netzwerken durchgeführt.

#### Einbezug der Gemeinschaften

Es war von Anfang an klar, dass die Häuser in den Landgebieten mit den lokalen Techniken und in den einhei-

mischen Stilarten wiederaufgebaut werden mussten. Ferner mussten Lösungen für all jene Probleme gefunden werden, die durch die Zerstörung des Gemeinschaftswesens und der wirtschaftlichen Strukturen entstanden waren. Deshalb wurde besonderer Wert darauf gelegt, die lokalen Gemeinden auf allen Ebenen in den Wiederaufbauprozess einzubeziehen und die Gemeinschaftswesen wieder zu stärken.

Die Familien arbeiteten üblicherweise am Bau ihrer zukünftigen Wohnung mit und erhielten dafür einen Lohn. Dadurch wurde die Mikrowirtschaft wiederbelebt und die Abhängigkeit von Subventionen à fonds perdu stark vermindert. Die meisten Wohnbauten wurden noch vor Beginn der Regenzeit fertiggestellt, so dass die Betroffenen ihre nach dem Erdbeben in Eile erstellten Notunterkünfte rechtzeitig verlassen konnten. Damit konnte der längerfristige Wiederaufbauprozess unter guten Bedingungen starten.

#### Erdbebenprävention

Nach einem Erdbeben dieses Ausmasses und in dieser für weitere Beben anfälligen Region wurde besonderes Gewicht auf die Prävention und die Ausarbeitung einer Logistik gelegt, die die Auswirkungen möglicher künftiger Erdbeben vermindern sollen. Ein weiterer Teil des Programms «Earthquake Rehabilitation Support Centres (ERSC)» umfasste den Bau und den Betrieb von einem Dutzend regionaler Unterstützungszentren. Dort arbeiteten Planungs- und Baufachleute, qualifizierte Handwerker und Sozialarbeiter. Ihr Einsatzgebiet umfasste rund zwanzig Dörfer, wobei es vor allem um Hilfe zur Selbsthilfe ging. Das Programm sah ferner den Bau und den Betrieb eines Koordinations- und Logistikzentrums auf Distriktebene vor.

## EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG SICHERSTELLEN

Die DEZA ist seit langem im indischen Bundesstaat Gujarat präsent. Ihre Aktivitäten betreffen vor allem die Verbesserung der Böden, die Wassernutzung und die Förderung von Dorfgemeinschaften. Der Arbeit der DEZA liegen in erster Linie die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und des Kampfes gegen Armut und Diskriminierung zugrunde. Nach dem Erdbeben soll die Unterstützung dieser Projekte noch verstärkt werden.

Behörden gestärkt. Ihre Mitglieder dürften in Zukunft ihre Rechte besser geltend machen können. Das ist wichtig in einem Kastensystem, in dem Krisensituationen die Ungleichheiten sehr oft noch verstärken.

**Der erneuerbare Fonds**

Nach Beratungen mit dem Personal im Feld erkannten die Hilfsorganisationen, dass im Rahmen des Wieder-

ausführliches Informationsblatt in der lokalen Sprache verteilt. Danach können diese ihren Wunsch äussern, am Projekt teilzunehmen. Gegebenenfalls unterzeichnen Ehemann und Ehefrau einen Vertrag mit den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) Navsarjan/Janvikas. Für Analphabetenfamilien ist ein mündlicher Vertrag vorgesehen. Um der Gefahr von Korruption und Veruntreuung entgegenzuwirken, müssen spezifische Mass-



Es ist notwendig, die Gemeinschaften besser auf mögliche weitere Beben vorzubereiten. Die Bevölkerung muss bei einer Katastrophe selber aktiv werden, um zu verhindern, dass sie in Armut versinkt und nur mit Betteln überleben kann. Die Vorbereitung auf Katastrophen, sowie auf Schadenbegrenzung und Management im Katastrophenfall, bietet eine gute Gelegenheit für die Gemeinschaften, ihren Zusammenhalt, ihre Organisation und damit auch ihre soziale Stellung zu festigen. So wurde ihr Status gegenüber den zentralen und regionalen

aufbauprogramms ein erneuerbarer Fonds geschaffen werden musste. Aufgrund eines entsprechenden Projekts soll jede geschädigte Familie Material im Wert von 2500 Rupien und einen Barbetrag von 3000 Rupien für den Wiederaufbau ihres Hauses erhalten. Dazu kommt eine zu 6 Prozent verzinsbare Anleihe von 15 000 Rupien, die dem Fonds zurückerstattet werden muss.

Dieses Projekt baut auf dem Prinzip der Gemeinschaftsbeteiligung auf. Den betroffenen Familien wird ein

nahmen ergriffen werden: erzieherische, vertragliche und technische (Couponsystem für die Verteilung des Materials). Ausserdem werden die Konten des Fonds regelmässig veröffentlicht.

Nach der Wiederaufbauphase in Gujarat werden sich die Anstrengungen der DEZA auf die nachhaltige Entwicklung dieser Projekte konzentrieren. Dazu wird sie weiter mit ihren lokalen Partnern zusammenarbeiten, die ausgezeichnete Arbeit leisten.



**Tabelle 1**  
**Überblick zur öffentlichen Hilfe der Schweiz 2001**

Nach Definition der OECD ist die **öffentliche Entwicklungshilfe (APD)** die Gesamtheit der finanziellen Zuwendungen:

- Sie stammen von öffentlichen Organen (Bund, Kantone und Gemeinden).
- Sie sind abgestimmt auf die Bedingungen der Begünstigten (Schenkungen oder Darlehen zu günstigen Konditionen).
- Ihr vorrangiges Ziel ist die wirtschaftliche und soziale Entwicklung.
- Sie sind bestimmt für die Länder und Regionen, die auf der OECD-Liste zu finden sind.

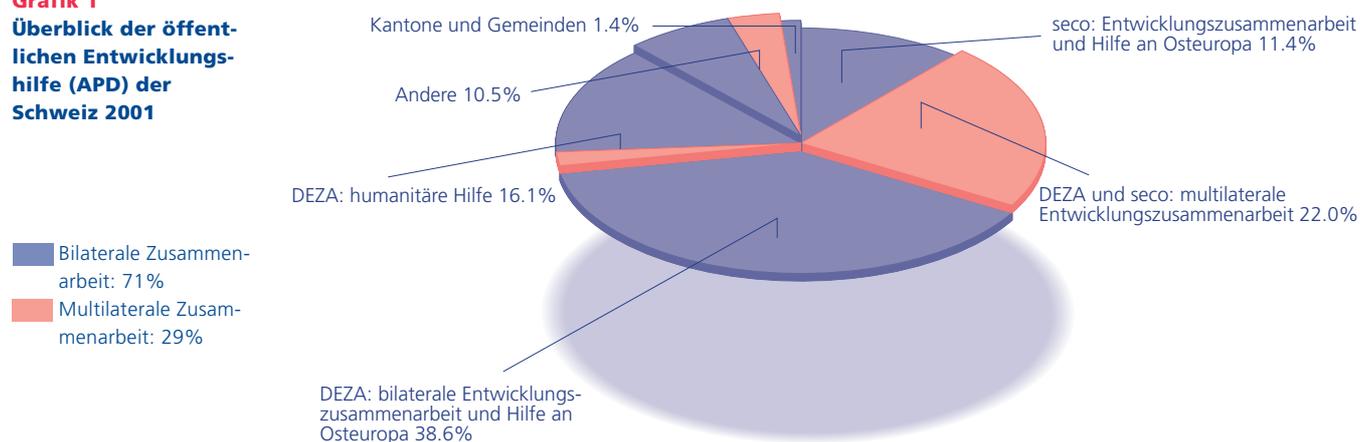
Diese Liste enthält 152 Länder und Regionen, die sich "in Entwicklung" befinden; in Europa gehören hierzu Ex-Jugoslawien, Albanien, Moldova und Malta.

Die **öffentliche Hilfe** orientiert sich an vier gleich bleibenden Kriterien, doch die Länderliste variiert: Es handelt sich um so genannte Übergangsländer, um 12 Länder Zentral- und Osteuropas (mit Russland) und 22 Entwicklungsländer und -regionen, die als "fortgeschrittener" betrachtet werden (darunter befinden sich Gibraltar, Israel, Hong Kong, die Bahamas, Singapur).

Finanzierungsquellen und Instrumente (Mio Fr.)	2001			2000	
	APD bilateral	APD multilateral	Öffentliche Hilfe	Total	Total
<b>Bund</b>	<b>1'066.3</b>	<b>443.3</b>	<b>95.2</b>	<b>1'604.8</b>	<b>1'579.0</b>
<b>Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)</b>	<b>809.6</b>	<b>364.7</b>	<b>45.8</b>	<b>1'220.1</b>	<b>1'156.6</b>
Humanitäre Hilfe	218.6	27.7	9.4	255.7	262.1
Entwicklungszusammenarbeit <sup>1)</sup>	526.1	337.0	1.7	864.8	817.9
Zusammenarbeit mit Osteuropa	64.9	–	34.7	99.6	76.6
<b>Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)</b>	<b>149.2</b>	<b>25.9</b>	<b>44.0</b>	<b>219.0</b>	<b>247.1</b>
Entwicklungszusammenarbeit	93.7	25.9	–	119.5	129.8
Zusammenarbeit mit Osteuropa	55.5	–	44.0	99.5	117.3
<b>Andere Departemente</b>	<b>107.6</b>	<b>52.7</b>	<b>5.4</b>	<b>165.7</b>	<b>175.3</b>
<b>Kantone und Gemeinden</b>	<b>21.3</b>	<b>–</b>	<b>1.7</b>	<b>23.0</b>	<b>24.2</b>
Humanitäre Hilfe	3.6	–	0.2	3.8	5.2
Entwicklungszusammenarbeit	17.7	–	1.5	19.2	19.0
<b>Total</b>	<b>1'087.6</b>	<b>443.3</b>	<b>96.9</b>	<b>1'627.8</b>	<b>1'603.2</b>
Davon: Humanitäre Hilfe	296.1	27.7	9.6	333.4	346.7
Entwicklungszusammenarbeit	671.1	415.6	8.6	1'095.3	1'062.5
Zusammenarbeit mit Osteuropa	120.4	–	78.7	199.1	194.0
<b>Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)</b>	<b>1'087.6</b>	<b>443.3</b>		<b>1'530.9</b>	<b>1'502.7</b>
BSP				450'597	437'048
APD in % des BSP				0.34 %	0.34 %
<b>Öffentliche Hilfe</b>			<b>96.9</b>	<b>96.9</b>	<b>100.6</b>

<sup>1)</sup>Die multilaterale finanzielle Zusammenarbeit (Weltbank, regionale Entwicklungsbanken und -fonds) ist eine "gemeinsame Aufgabe der DEZA und des seco" (Art. 8 Absatz 1 der Verordnung betreffend der Entwicklungszusammenarbeit vom 12.12.1977). Die entsprechenden Mittel sind im Budget der DEZA enthalten.

**Grafik 1**  
**Überblick der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) der Schweiz 2001**



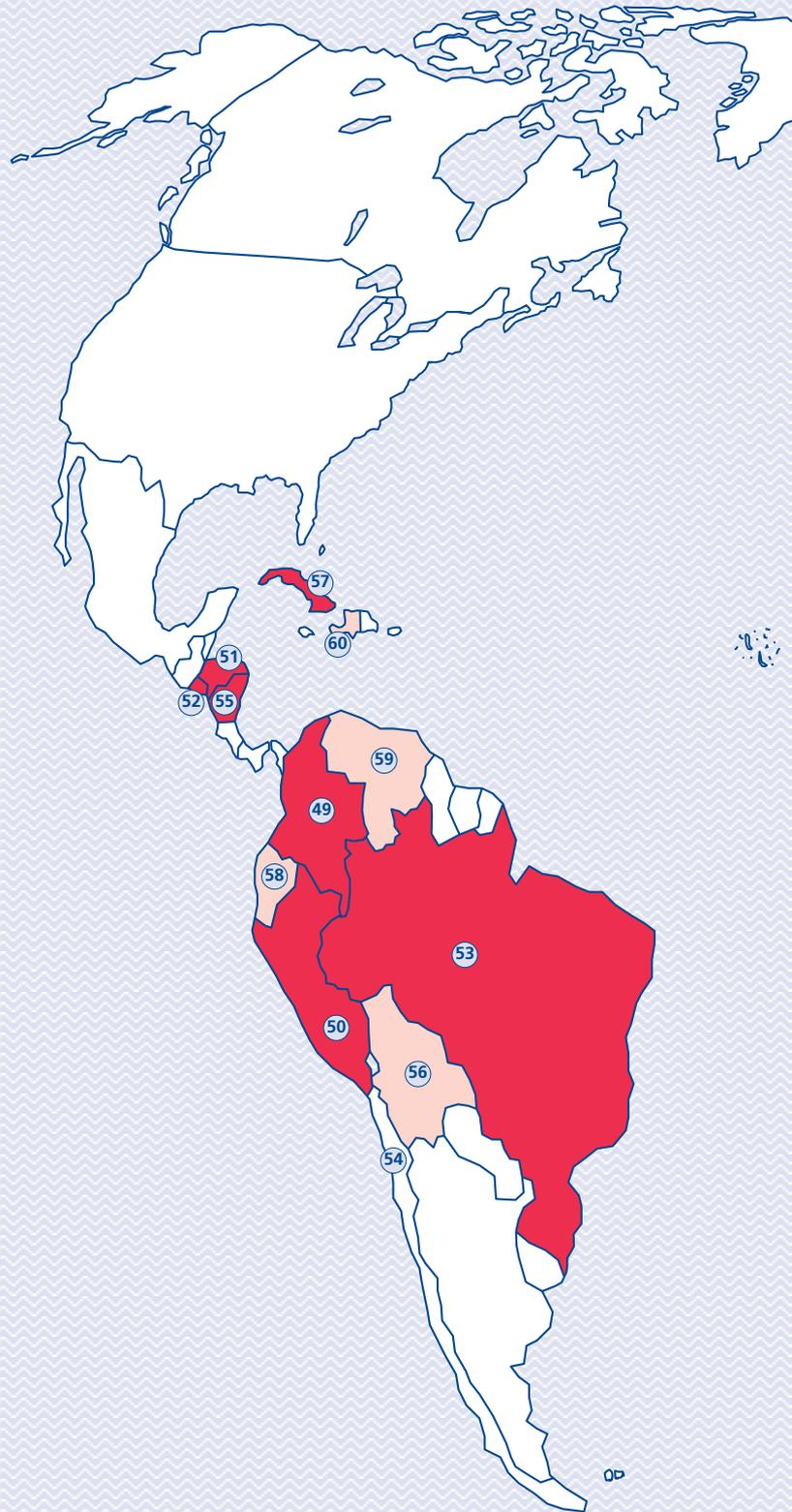
**Tabelle 2**

Humanitäre Hilfe der DEZA 1999-2001

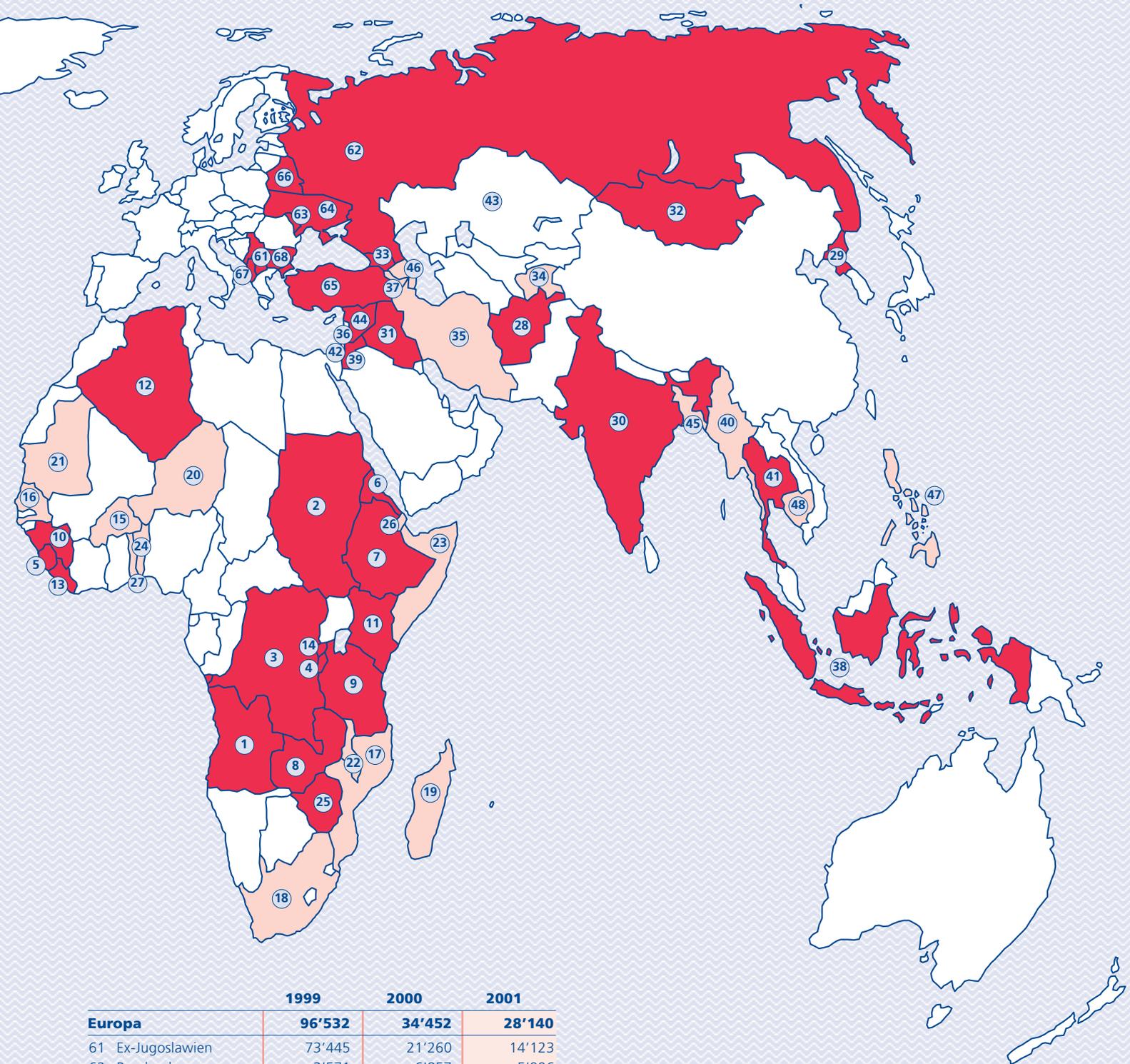
**Aufteilung nach Kontinenten und Einsatzländern** (Fr. in Tausend)

	1999	2000	2001
<b>Afrika</b>	<b>59'227</b>	<b>60'873</b>	<b>53'400</b>
1 Angola	8'642	5'859	7'128
2 Sudan	7'433	9'205	7'051
3 Kongo (D.R.)	5'419	6'141	6'843
4 Burundi	2'636	4'937	6'580
5 Sierra Leone	4'329	4'488	5'695
6 Eritrea	2'592	2'415	3'123
7 Äthiopien	3'430	4'637	2'220
8 Sambia	324	552	1'674
9 Tansania	3'254	2'272	1'320
10 Guinea	252	35	1'114
11 Kenia	380	493	1'078
12 Algerien	1'959	1'425	1'063
13 Liberia	2'978	607	965
14 Ruanda	6'996	2'249	952
15 Burkina Faso	283	535	891
16 Senegal	326	22	777
17 Mosambik	1'208	6'383	691
18 Südafrika	351	–	596
19 Madagaskar	1'066	27	577
20 Niger	36	185	534
21 Mauretanien	46	148	418
22 Malawi	28	–	391
23 Somalia	837	2'313	350
24 Benin	458	502	242
25 Simbabwe	198	174	220
26 Djibouti	–	705	218
27 Togo	188	133	128
Regionale Projekte und andere Länder	3'580	4'430	558

	1999	2000	2001
<b>Asien/Mittlerer Osten</b>	<b>35'123</b>	<b>35'371</b>	<b>43'093</b>
28 Afghanistan	3'883	6'607	10'846
29 Nordkorea	2'283	3'121	5'165
30 Indien	1'707	1'797	5'075
31 Irak	4'629	5'933	4'798
32 Mongolei	–	100	3'884
33 Georgien	4'549	2'692	2'220
34 Tadschikistan	2'996	1'375	2'163
35 Iran	1'804	2'413	1'912
36 Palästina	635	914	1'559
37 Armenien	1'255	564	916
38 Indonesien	1'887	783	727
39 Jordanien	62	313	651
40 Myanmar	13	20	528
41 Thailand	1'068	959	524
42 Israel	250	1'500	500
43 Kasachstan	263	262	302
44 Syrien	264	173	233
45 Bangladesch	2'123	1'148	225
46 Aserbaidshjan	1'335	296	200
47 Philippinen	46	50	160
48 Kambodscha	25	902	127
Andere Länder	4'049	3'449	379



	1999	2000	2001
<b>Lateinamerika</b>	<b>15'449</b>	<b>12'939</b>	<b>12'617</b>
49 Kolumbien	1'549	4'461	2'808
50 Peru	1'543	324	1'975
51 Honduras	1'483	2'702	1'562
52 El Salvador	–	88	1'370
53 Brasilien	1'053	524	901
54 Chile	934	5	849
55 Nicaragua	728	495	682
56 Bolivien	203	33	282
57 Kuba	2'059	703	253
58 Ecuador	154	–	230
59 Venezuela	740	918	100
60 Haiti	1'579	762	66
Andere Länder	3'423	1'928	1'537



	1999	2000	2001
<b>Europa</b>	<b>96'532</b>	<b>34'452</b>	<b>28'140</b>
61 Ex-Jugoslawien	73'445	21'260	14'123
62 Russland	3'571	6'857	5'996
63 Moldova	–	1'890	2'909
64 Ukraine	27	261	1'419
65 Türkei	3'171	1'480	1'333
66 Weissrussland	202	92	1'239
67 Albanien	15'670	1'294	865
68 Bulgarien	317	314	102
Andere Länder	128	1'004	153

<b>Geografisch nicht aufgeteilt<sup>a)</sup></b>	<b>80'739</b>	<b>94'967</b>	<b>90'725</b>
--	---------------	---------------	---------------

<b>Multilaterale Beiträge</b>	<b>21'846</b>	<b>24'152</b>	<b>27'683</b>
-------------------------------	---------------	---------------	---------------

<b>Total humanitäre Hilfe</b>	<b>308'916</b>	<b>262'753</b>	<b>255'658</b>
-------------------------------	----------------	----------------	----------------

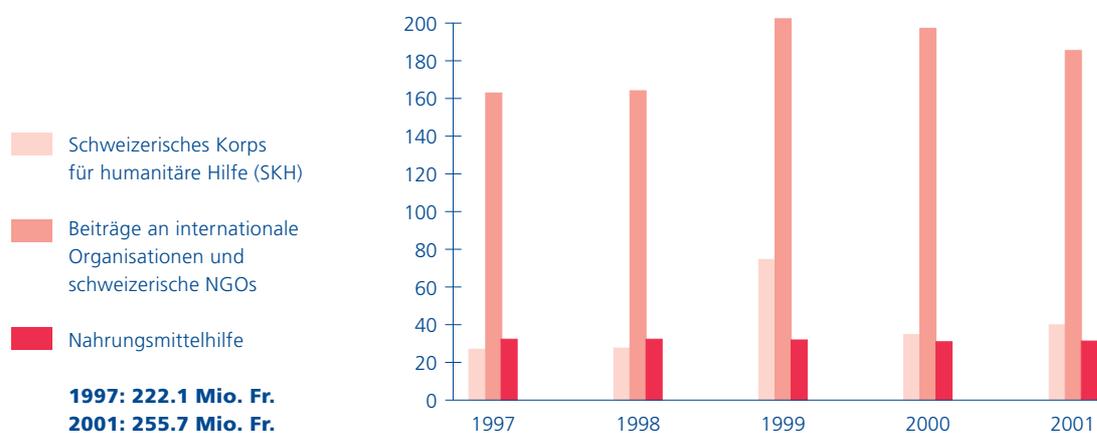
- Direkte Einsätze und Unterstützung von Partnerorganisationen
- Unterstützung von Partnerorganisationen

<sup>a)</sup>Beinhaltet den ordentlichen Beitrag an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)

**Tabelle 3**  
Humanitäre Hilfe  
der DEZA

	2000 Mio Fr.	2001 Mio Fr.
Schweizerisches Korps für humanitäre Hilfe (SKH)	34.5	39.6
Beiträge an internationale Organisationen und schweizerische NGOs	197.2	185.1
Nahrungsmittelhilfe	31.0	31.0
<b>Total humanitäre Hilfe</b>	<b>262.8</b>	<b>255.7</b>

**Grafik 2**  
Humanitäre Hilfe  
der DEZA



**Tabelle 4**  
Humanitäre Hilfe  
der DEZA  
**Nahrungsmittelhilfe  
nach Produkten**

	2001 Mengen in Tonnen	Mio Fr.
<b>Schweizerische Milchprodukte</b>	<b>2'420</b>	<b>17.0</b>
Vollmilchpulver	735	
Milchpulver (entrahmt)	1'221	
Schmelzkäse	171	
Andere	293	
<b>Getreide</b>	<b>18'355</b>	<b>14.6</b>
Reis	915	
Mais	6'873	
Weizen und Mehl	10'567	
<b>Total Nahrungsmittelhilfe</b>	<b>20'775</b>	<b>31.6</b>

**Tabelle 5**

Humanitäre Hilfe  
der DEZA

**Beiträge an UNO-  
Organisationen, das  
IKRK und schweizeri-  
sche NGOs**

	<b>2001</b>				
	Allgemeine Barbeiträge Mio Fr.	Ausser- ordentliche Barbeiträge Mio Fr.	SKH Mio Fr.	Nahrungs- mittelhilfe Mio Fr.	Total Mio Fr.
<b>Direkte Aktionen des SKH</b>	-	-	<b>39.6</b>	<b>0.2</b>	<b>39.8</b>
<b>Internationale Organisationen</b>	<b>27.7</b>	<b>33.3</b>	-	<b>20.1</b>	<b>81.1</b>
Welternährungsprogramm (WFP)	1.5	8.6	-	19.9	30.0
UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR)	13.0	9.7	-	-	22.7
UNO-Hilfswerk für Palästina- Flüchtlinge (UNRWA)	11.9	-	-	-	11.9
UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA)	0.3	5.0	-	-	5.3
Kinderhilfsfonds der UNO (UNICEF)	-	3.1	-	-	3.1
Andere Entwicklungs- organisationen der UNO	1.0	6.9	-	0.2	8.1
<b>Rotkreuz-Organisationen</b>	<b>68.0</b>	<b>21.8</b>	-	-	<b>89.9</b>
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	68.0	17.1	-	-	85.1
Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK)	-	4.7	-	-	4.7
<b>Schweizerische NGOs</b>	-	<b>34.2</b>	-	<b>10.7</b>	<b>45.0</b>
Caritas	-	2.9	-	4.3	7.2
Terre des Hommes Lausanne	-	2.9	-	0.7	3.6
Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)	-	1.4	-	0.6	2.0
Medair	-	1.5	-	-	1.5
Médecins sans Frontières (MSF)	-	1.5	-	-	1.5
ADRA	-	0.9	-	0.3	1.2
Heilsarmee	-	0.2	-	0.7	0.9
Andere NGOs und direkte Aktionen	-	23.0	-	4.0	27.0
<b>Total humanitäre Hilfe</b>	<b>95.7</b>	<b>89.4</b>	<b>39.6</b>	<b>31.0</b>	<b>255.7</b>

**Tabelle 6**

Humanitäre Hilfe  
des Bundes

**Die wichtigsten  
Einsätze des  
Schweizerischen  
Korps für humani-  
täre Hilfe (SKH)**

2001

Land	Grund des Einsatzes	Art der Hilfe	Partner	Einsätze von SKH-Angehörigen
<b>Afrika</b>				
Äthiopien	Krieg	Krisenprävention, Ernährungssicherheit	UNDP	4
Algerien	Überschwemmung	Nothilfe		2
	Konflikt- und Strassenopfer	Trauma Kurs	HUG	5
Angola	Bürgerkrieg	Nothilfe, Wiederaufbau, logistische Unterstützung	IO, UNO, NGOs, KoBü	4
Burundi	Flüchtlinge, Konflikte	Regionale Koordination, Rückkehrprogramme		4
Djibouti	Flüchtlinge	Strassensanierung	WFP	2
D.R. Kongo	Flüchtlinge	Instandstellung Infrastrukturen	NGOs, IO, OCHA	5
	Bürgerkrieg			
Eritrea	Krieg	Nothilfe	UNDP, WFP	9
Guinea	Flüchtlinge	“Secondment“ tech. Experten	UNHCR	8
	Prävention	“Secondment“ Abklärungsmission	WHO	2
Kenia	Nachkriegsphase	Koordination Humanitäre Hilfe “Grands Lacs“		2
Libyen	Abklärungsmission	Trauma Kurs	HUG	1
Madagaskar	Überschwemmung	Nothilfe	WFP	2
Mosambik	Überschwemmung	Humanitäre Hilfe	KoBü	1
Ruanda	Flüchtlinge, Konflikte	Regionale Koordination, Wiederaufbau	KoBü, IO, NGOs	1
Sierra Leone	Flüchtlinge	“Secondment“ tech. Experten	UNHCR	5
	Wiederaufbau nach Konflikt	Koordination Subregion (KoBü)		1
Simbabwe	Konferenz in Harare	“Integrierte Überwachung und Reaktion auf Infektionskrankheiten“	WHO	1
Sudan	Bürgerkrieg	Trinkwasser-Versorgung, Gesundheit, Nahrungsmittel		6
Tansania	Flüchtlinge	Handbuch für Alternativenergie		1
<b>Mittlerer Osten</b>				
Irak	Golfkrieg	Not- und Nahrungsmittelhilfe für Kinder und Familien	WFP, IKRK, Caritas	4
Jordanien	Flüchtlinge	Reformprozess UNRWA	UNRWA, Regierung	3
Libanon	Flüchtlinge	Reformprozess UNRWA	UNRWA	1
Syrien	Flüchtlinge	Planung “Camp Rehabilitation“	UNRWA	1
<b>Zentralasien / Asien</b>				
Afghanistan	Flüchtlinge	Repatriierung Flüchtlinge	IOM, lokale Behörden	4
Indien	Erdbeben	Rettungskette	Regierung, KoBü	37
		Wiederaufbau	KoBü, lokale NGOs	
Kambodscha	Evaluation	“Assessment“ Tempel		1
Korea (Nord)	Strukturelle Krise	“Monitoring“ Nahrungsmittelhilfe	WFP, KoBü	2
Mongolei	Kälte/Dürre	“Assessment Mission“	UNDAC	2
		“Monitoring“ Nothilfe/Futterlieferung	EMERCOM, NGOs	4
Pakistan	Prävention	Evaluation	WHO	5
Sri Lanka	Bürgerkrieg	Evaluation	BFF, Botschaft	1
Tadschikistan	Afghanistan-Krise	Medien, WFP	OCHA, WFP	3
Thailand	Flüchtlinge	“Monitoring“, “Assessment“	NGOs, lokale Behörden	1
Turkmenistan	Afghanistan-Krise	Unterstützung UNHCR	UNHCR	3
Usbekistan	Epidemien	Prävention	WHO	2

<b>Lateinamerika</b>				
El Salvador	Erdbeben	Soforthilfe, Prävention, Wiederaufbau		12
Honduras	Wirbelsturm Mitch	Wiederaufbau, Prävention	UNDP, KoBü	5
Kolumbien	Flüchtlinge	Koordination Programm für Gewaltvertriebene im Osten	Lokale Behörden	1
Nicaragua	Wirbelsturm Mitch	Wiederaufbau, Prävention	UNDP, KoBü	4
Peru	Erdbeben	Soforteinsatzteam (SET)	KoBü	5
Venezuela	Überschwemmung	Prävention	UNDP	2
<b>Europa und GUS</b>				
Albanien	Flüchtlinge	Rehabilitation Schulen, Kleinprojekte Demining	Regierung, HEKS	2
Armenien	Nachkriegsphase	Wiederaufbau und -eingliederung	UNHCR, Regierung	3
Bosnien-Herzegowina	Nachkriegsphase	Wiederaufbau und -eingliederung	UNHCR, Regierung	4
BRJ Kosovo	Nachkriegsphase	Nothilfe, Wiederaufbau	BFF, UNMIK	12
BRJ Montenegro	Nachkriegsphase	Wiederaufbau	UNHCR, UNICEF	1
BRJ Serbien	Nachkriegsphase, Ökologie	Wiederaufbau, Nothilfe, "Cash for Shelter", Wieder-eingliederung	UNHCR, UNEP, NGOs	24
Dänemark	LOG-Training	Kurs	WFP	1
Estland	UNDAC-Refresher	Kurs	UNDAC	5
Georgien	Nachkriegsphase	Nothilfe für Flüchtlinge, Wiederaufbau	IKRK/IFRC, NGOs	3
Grossbritannien	Kurs	Workshop Hochverbrennungsöfen		3
Kroatien	Flüchtlinge, Nachkriegsphase	Wiederaufbau	Lokale Behörden	2
Mazedonien	Flüchtlinge	"Cash for Shelter", Kleinprojekte	NGOs, lokale Behörden	7
Moldova	Strukturelle Krise	Trinkwasserversorgung, Nothilfe, Unterstützung soz. Bedürftige	Regierung, lokale Behörden	10
Polen	Überschwemmung	Förderung humanitäre NGOs	Lokale NGOs	4
Russland	Flüchtlinge, Nachkriegsphase	Evaluation "Cash for Shelter" Shelter und Trinkwasser / Siedlungshygiene	UNHCR UNHCR	3 2
	Überschwemmung	Nothilfe Überschwemmungsopfer	Lokale Behörden	5
Türkei	Erdbeben	Prävention/"Preparedness"	Lokale Behörden, UNDP	16
Ukraine	Überschwemmung	Prävention, Unterstützung Wiederaufbau Dämme	KoBü	15
Ungarn	Überschwemmung, Umweltkatastrophe	Nothilfe Überschwemmungsopfer, Prävention	Lokale Behörden, NATO	1
Weissrussland	Strukturelle Krise, Folgen Technologiekatastrophe	Unterstützung soz. Bedürftige, Folgen Tschernobyl, Prävention/"Preparedness"	Ministerien, NGOs	7
<b>Total 379 Einsätze in 57 Ländern</b>				

Im Jahr 2001 wurden insgesamt 427 Einsatzverträge abgeschlossen. Nur 379 von ihnen bezogen sich auf Auslandeinsätze. Im Rahmen der übrigen Verträge wurden Arbeiten zugunsten von Projekten im Ausland in der Schweiz ausgeführt.

Abkürzungen: BFF: Bundesamt für Flüchtlinge – EMERCOM: Ministerium für Notsituationen der Russischen Föderation – HEKS: Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz – HUG: Genfer Universitätsspitaler – IFRC: Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften – IKRK: Internationales Komitee vom Roten Kreuz – IO: Internationale Organisationen – IOM: Internationale Organisation für Migrationen – KoBü: Koordinationsbüro der DEZA – NATO: Nordatlantikvertrags-Organisation – NGO: Nicht-Regierungsorganisation – OCHA: UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten – UNDAC: United Nations Disaster Assessment and Coordination – UNDP: Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen – UNEP: UNO-Umweltprogramm – UNHCR: UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge – UNICEF: UNO-Kinderhilfsfonds – UNMIK: Übergangsmision der UNO im Kosovo – UNRWA: UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge – WFP: UNO-Welternährungsprogramm – WHO: UNO-Weltgesundheitsorganisation



**Herausgeber**

Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit (DEZA),  
Eidg. Departement für  
auswärtige Angelegenheiten (EDA),  
3003 Bern

Tel.: 031 322 44 12

Fax: 031 324 13 48

Internet: [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch)  
[www.skh.ch](http://www.skh.ch)

E-mail: [info@deza.admin.ch](mailto:info@deza.admin.ch)

**Gestaltung**

Etter Grafik + Co, Zürich

**Text**

Ariane Geiser, Neuenburg

**Statistiken**

Christiane Sollberger, DEZA

Catherine Graf Lutz, DEZA

**Redaktion/Koordination**

Catherine Vuffray, DEZA

**Fotos**

Keystone/Arko Datta STF (Umschlag)

Keystone/STR (Umschlag, S. 2, 4)

Werner Padlina/Cessich (Umschlag)

Keystone/Siddharth Darshan Kumar STR (S. 1)

Keystone/Amit Bhargava STR (S. 3, 6, 8, 16)

Keystone/John Mcconnico STF (S. 5)

Keystone/Manish Swarup STR (S. 7)

70'585

ISBN 3-03798-020-6



DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT DEZA  
DIRECTION DU DÉVELOPPEMENT ET DE LA COOPÉRATION DDC  
DIREZIONE DELLO SVILUPPO E DELLA COOPERAZIONE DSC  
SWISS AGENCY FOR DEVELOPMENT AND COOPERATION SDC  
AGENCIA SUIZA PARA EL DESARROLLO Y LA COOPERACIÓN COSUDE